Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7205.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 163. Donnerstag den 16. Juli 1896. 7. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Das Margarinegesetz ist in der Bundesratssitzung am Dienstag abgelehnt worden. Die Freis. Ztg. schreibt darüber: Nach dem Verlauf der dritten Lesung im Reichstag war das Scheitern des Margarinegesetzes mit Sicherheit vorauszusehen. Wie erinnerlich, hatte Minister v. Bötticher die Erklärung abgegeben, daß der Bundesrat nicht in der Lage sein würde, dem Gesetz seine Zustimmung zu geben, falls das in zweiter Lesung beschlossene Färbeverbot und die ebenfalls vom Reichstag eingefügte Vorschrift getrennter Verkaufslokale für Butter und Margarine beibehalten werde. Die Reichstagsmehrheit hat gleichwohl beide Bestimmungen aufrecht erhalten. Von den Vertretern des Zentrums und der Konservativen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Bundesrat sich die Sache noch einmal reiflich überlegen möge. Die agrarische Presse hielt auch bis zuletzt an der Hoffnung fest, daß der Bundesrat seine Stellung ändern würde. Die Dtsch. Tagesztg. gab den Rat, die Minister v. Bötticher und v. Hammerstein, die in der dritten Lesung gegen das Gesetz aufgetreten waren, zu opfern und darnach die Vorlage in der vom Reichstag beschlossenen Fassung anzunehmen. Die beiden Minister hatten diese Erklärungen bekanntlich nicht für ihre Person sondern namens der Bundesratsmehrheit abgegeben. Innerhalb der preußischen Staatsregierung herrschte volle Uebereinstimmung, und auch die überwiegende Mehrzahl der verbündeten Regierungen hatte sich gegen die Reichstagsbeschlüsse ausgesprochen. Da das Scheitern der Vorlage auf das hartnäckige Festhalten der Reichstagsmehrheit an agrarischen Verkehrtheiten zurückzuführen ist, so wird hoffentlich der Bundesrat sich auf neue Experimente in der Margarinegesetzgebung den Agrariern zuliebe nicht wieder einlassen.

Reserveleutnant und Feuerwehrmann. Ein neuer Fall von Reserveleutnantsdünkel wird aus Bingen gemeldet. Dort besteht eine freiwillige Feuerwehr, zu der sich auch ein junger Mann, der Vizefeldwebel war, gemeldet und auch bereits Dienst gethan hatte. Dieser ist nun zum Reserveleutnant avanciert und kann plötzlich nicht mehr unter einem Vorgesetzten den Dienst der freiwilligen Feuerwehr ausüben, weil er jetzt in militärischer Charge höher wie derselbe steht. Zutreffend bemerkt die Feuerwehrztg. in Büdingen dazu, daß auch der Reserveleutnant die Menschenpflicht hat, seinen Nächsten in der Stunde der Gefahr Hilfe zu leisten und sich durch Uebungen zu diesen Hilfsleistungen vorzubereiten. Als Soldat hat er die Pflicht, für Kaiser und Vaterland zu kämpfen, als Bürger des Nächsten Haus und Hof schirmen zu helfen. Es wird auch der Standesehre des Herrn Reserveleutnants durchaus keinen Abbruch thun, wenn der Brandmeister der Feuerwehr vielleicht nur Unteroffizier oder Sergeant gewesen ist, denn jeder Bürger hat die Verpflichtung, sich den einmal gegebenen Verhältnissen unterzuordnen, in der Achtung seiner Kameraden wird er dadurch nur gewinnen können.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat in Straßburg ein ganz seltsames Produkt hervorgebracht, nämlich eine vom bisherigen Gemeinderat beschlossene, aber für den neuen Gemeinderat bestimmte Geschäftsordnung. Mittels derselben will man die sozialdemokratischen Gemeinde-Vertreter mundtot machen. Bisher bestand die weitgehendste Ordnungsstrafe gegen ein Mitglied des Gemeinderats in der Wortentziehung, die der Vorsitzende unter Zustimmung des Gemeinderats verhängen konnte. Nach der neuen Geschäftsordnung können Mitglieder des Gemeinderats, die wiederholt, der Zurechtweisung des Vorsitzenden ungeachtet, die Ordnung stören, durch Beschluß des Gemeinderats auf eine gewisse Zeit oder auf die Dauer der Amtszeit aus dem Gemeinderate ausgeschlossen werden. Der Antrag kann von dem Vorsitzenden oder von mindestens drei Mitgliedern des Gemeinderats gestellt werden. Ueber denselben ist sofort und ohne weitere Verhandlung geheim abzustimmen.

An Herrn v. Plötz und seine Freunde hatte die Germania die Frage gerichtet, wie viel Gehalt er für seine agitatorische Thätigkeit beziehe. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Wir können indes, so schreibt der Vorwärts, die Neugier der Germania befriedigen. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung bezog Herr v. Plötz vor 2 Jahren an Gehalt von **15 000** M., im vorigen Jahre **20 000** M. Seine Spesen belaufen sich jährlich auf 5—6000 M. Außerdem soll er noch jährlich 8—10 000 Mark liquidieren.

Auch im ultramontanen Lager dauert die Auseinandersetzung über die Haltung des Zentrums beim Bürgerlichen Gesetzbuch fort. Während die Kölnische Volkszeitung auseinandersetzt, daß die Zentrumspartei wirklich im Deutschen Reiche der feste Pol in der politischen Erscheinungen Flucht sei, fährt die ultramontane Bonner Deutsche Reichszeitung fort, die Haltung ihrer Partei in Sachen des Bürgerlichen Gesetzbuches aus bekanntem Grunde zu kritisieren. „Entweder," so schließt sie einen Artikel über diese Sache, „sei es eitele Renommisterei, fortwährend im Lande herumzutrommeln, daß man ohne das Zentrum kein Gesetz machen könne, und dann lasse man es besser, oder es sei Wahrheit, und dann hatte sich die Partei nicht mit einem so elenden Angebot abfinden lassen dürfen, wenn sie nicht den Vorwurf hören wollte, daß der Handel schlecht war." Die Kölnische Volkszeitung aber erklärt voller Stolz, das Zentrum habe absolut keine „Wandlung vollzogen, es habe einfach „Zentrumspolitik" getrieben.

Freilich Zentrumspolitik, — dieses eine Wort besagt aber auch alles. Immer war diese Politik eine Politik des Schachers.

Von großkapitalistisch-industrieller Seite werden an den Rücktritt des preußischen Ministers v. Berlepsch weitgehende Hoffnungen geknüpft. „Fällt der Herzog, so fällt auch der Mantel," meint die Rhein.-Westf. Ztg. und erhofft das „Verschwinden aller derjenigen Gesetzespläne," die — „sozialreformerisch" sind.

Ferner versichert die Nordd. Allgem. Ztg: „Wer die thatsächlichen Verhältnisse und die in Regierungskreisen maßgebenden Ansichten kennt, wird weder an einen Stillstand, noch an eine Rückwärtsrevidierung der Maßregeln glauben, die unter dem Gesamtbegriff Sozialreform zusammengefaßt zu werden pflegen."

Diese Versicherung aber wird von keinem in die Verhältnisse und in die Stimmung der „maßgebenden" Kreise eingeweihten Politiker ernst genommen. Der Gesamtbegriff „Sozialreform" erfährt eine Aenderung im Sinne der Reaktion, deren Streben zunächst gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet ist.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Bamberg der 23jährige Bauernsohn Bauer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im April, als der Kaiser zu den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Koburg fuhr und der Zug bei Breitengüßbach einigen Bauernburschen zu Gesicht kam, rief einer: „Da fährt er hinaus, der Kaiser!", worauf Bauer die beleidigende Aeußerung entfuhr, ohne daß er sich Böses dachte.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Berlin der Schneidergeselle Paul Johann Gursch aus Friedrichsfelde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in einem Barbierladen auf den Kaiser räsonniert.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Berlin der Kaufmann Spengemann zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Oestreich. Wegen Majestätsbeleidigung und Sachbeschädigung sind nach zwölftägiger Verhandlung in Spalato zwei Gymnasiasten Bucic und Fontana verurteilt worden wegen der in der Nacht auf den 9. Februar 1896 in den Räumlichkeiten des dortigen Gymnasiums begangenen Ausschreitungen, da sie zahlreiche in der Anstalt befindliche Bilder zerstört und verunehrt, sowie auch viele Landkarten beschädigt haben. Bucic wurde mit Rücksicht auf die lange Untersuchungshaft zu fünf Monaten, Fontana zu sechs Monaten Kerkers verurteilt. Der dritte Angeklagte, Sisgoreo, wurde freigesprochen. Bucic und Fontana waren zur Zeit der That Schüler der vierten Gymnasialklasse und sind jetzt 17 Jahre alt.

Frankreich. Ein Attentat auf den Präsidenten von Frankreich ist am Dienstag versucht worden. Wolffs Bureau meldet darüber: Während der Truppenschau wurde von einem Individuum ein Revolverschuß auf den Präsidenten Faure abgegeben. Der Präsident ist nicht verletzt. Der festgenommene Attentäter erklärt, die Schüsse seien blind gewesen.

Holland. Ein Exzeß holländischer Offiziere hat in Amsterdam große Erregung verursacht. Mehrere Herren in Zivil versuchten in ein Kaffeehaus einzudringen, wo man sie aus irgend einem Grunde nicht dulden wollte. Ein Polizei-Inspektor kam dazu und forderte die Herren auf, ihres Weges zu gehen. Sie thaten dies nicht, sondern mißhandelten den Inspektor mit Schlägen dermaßen, daß er

Die Rückkehr von Mekka.

Bilder aus dem orientalischen Volksleben von Fritz Kunert.

9] (Nachdr. verb.)

Als die „Ceres" in den schmalen Golf von Suez eingelenkt war, zog sich unter orkanartigem Wettersturm ein lang anhaltendes Gewitter zusammen, in dem Blitz auf Blitz unter betäubendem Donnergetöse die Wolkenwände zerriß. In dem empörten, zu Schaummassen gepeitschten Gewässer rollte das Schiff, das sich nur auf die eigene Stärke verlassen konnte, bedenklich. An den durch Korallen verbauten Küsten gab es keinen Schutz, denn die Uferriffe, die unterseeischen Klippen, Inseln und Berge von Korallen zogen sich auf beiden Seiten meilenweit hin.

Jeder — besonders die Araber unter den Passagieren — erkannte den Ernst der Lage. Würde das Schiff aus der tiefen, korallenlosen Mitte gedrängt, die es als Fahrstraße innehalten mußte, dann war es rettungslos verloren. An dem berüchtigten Bahr Farun in der Gegend von Tur entfaltete das Unwetter seine stärkste Wut, und die Nacht senkte ihre düsteren Schwingen über das Schiff.

Der Kommandant der „Ceres" übernahm in diesen kritischen Minuten selbst die Führung und waltete seines verantwortungsvollen Amtes mit einer Kaltblütigkeit und Umsicht, mit der die Tüchtigkeit und hingebende Todesverachtung der übrigen Mannschaft wetteiferte. Sie und die Reisenden auf Deck waren von der hochgehenden See bis auf die Haut durchnäßt.

Abondek schrie seinen Gefährten, um das Wetter zu übertönen, zu: „Wenn wir nicht diese vorzügliche Bemannung hätten, ja, wenn die Maschine nur im geringsten versagt hätte, so würden wir bereits auf einem ziemlich feuchten Wege den Marsch in das Paradies angetreten haben."

Der alte Djeddaer aber rief zurück: Herr wir stehen in Gottes Schutz; er hat vorher bestimmt, was kommen soll."

„Wenn dem so ist," tönte es von Abondeks Seite, möchtest Du mit Deinem kranken Neffen jetzt und von hier aus in einer arabischen Segelbarke auf Suez lossteuern? Ihr würdet dann bald im Schilfmeere das Los des alten Pharao teilen müssen, sage ich Euch."

Niemand antwortete; vielleicht verschlang das rasende Gebrüll des Sturmes die Entgegnung.

Nachdem die Höhe von Tur unter unbeschreiblichen Schwierigkeiten passiert war, ließ die Gewalt des Wetters stetig nach. Und als östlich die Moses-Quellen und westlich das Atakа-Gebirge liegen blieben, als im Norden die beiden Leuchttürme von Suez mit ihren roten und grünen Strahlenkränzen winkten, da fiel jedem, auch dem Rechtgläubigsten, ein Stein vom Herzen; denn nun war die zweifellose Gewißheit vorhanden, das man dem grünen, im Scheine der Blitze ovalartig schimmernden Wasser der Klippen entgangen war.

In Suez verabschiedeten sich die Djeddaer, und Abondek sagte zu ihnen: „Nun die Antwort! Was hättet Ihr in der Barke gethan?"

„Wir hätten gebetet."

„Dann glaubt ihr nicht an das Kismet, nicht an die Vorherbestimmung."

„O doch, denn wenn einer von uns umgekommen wäre, so hätte der Ueberlebende gewiß gerufen: Kismet."

„Und was wollt Ihr damit bewiesen?"

„Unseren Glauben an die Vorherbestimmung."

„Gut, meine Freunde, mit Euch ist nicht fertig zu werden. Darum, Gott befohlen!"

Im Fortgehen sahen sich die beiden Aufbrechenden lächelnd an, und der Jüngere sagte: „So ist er, er steckt eben voller Schnurren, voll von Güte und Nachsicht und könnte uns doch verachten und mit Füßen treten. Er ist eine Seele von Mensch, ein guter Geist; es ist unser Ben Abondek. Möge Gott ihn segnen!"

Der Alte nickte nur ernst; sie hätten sich, wenn auch kein Wort zwischen ihnen gefallen wäre, verstanden.

* * *

Auch Ibrahim und Abondek entschlossen sich, die Weiterreise auf dem maritimen Kanale aufzugeben und schon hier die „Ceres" zu verlassen. In ihren von der Nässe schweren Kleidern begaben sie sich in das Hotel Suez, wo dem hier bekannten Abondek der beste Salon des Hauses geöffnet wurde.

Während sie im Hotel badeten, wurden nach Abondeks Anweisungen die Vorbereitungen für ihr Nachtmahl getroffen, und ihre Kleider schnell und gründlich von einem baumlangen Inder, einem schmalbrüstigen Menschen mit fast lautlosen Bewegungen, getrocknet und geglättet.

Nachdem sie das treffliche Mahl gebührend gewürdigt hatten, befahl Abondek einem Diener, einem stillen und aufmerksamen Inder, Kaffee und eine Flasche Burgunder zu bringen. Die Zigaretten wurden angezündet und ihr Wohlgeruch erfüllte den behaglichen Raum. — Ibrahim lehnte den Wein entschieden ab, und ein Lächeln huschte dabei über seine klassisch regelmäßigen Züge.

Abondek sagte indes mit tiefem Ernst: „Ich trinke darauf, daß wir beide doch noch einmal, die Gläser mit edlem fränkischen Wein gefüllt, anstoßen werden."

Als sein Freund dagegen protestierte, meinte er: „Die Zeit wird vielleicht kommen. Warum sollten wir uns heute zum letzenmale gesehen haben? Und dann, gehen in einem Menschengeiste nicht vielfache Wandlungen vor sich? Nein, es ist nicht ausgeschlossen, kann es nicht sein — —"

Sie sprachen darauf wie Männer mit einander, die seit Jahrzehnten ein Herz und eine Seele sind, aber der Abschied wurde mit keinem Worte mehr erwähnt.

„Ist es Dir unangenehm, daß ich mich nach den Reisemühen an diesem köstlichen Getränk erquicke?" fragte Abondek.

„Der Muslim", erwiderte Ibrahim schlicht, „verschmäht den Wein; darum ist es mir nicht sonderlich erfreulich. Allein, was will das sagen? Du leugnest Gott, die Engel, die Propheten, die Offenbarung, das Gericht, die Vorbestimmung; ich weiß es, Du verneinst es alles, was mir heilig ist — jedoch leugnest nicht Du nicht das alles, was mir sonst noch heilig ist. Und darum, und weil Du so bist, wie ich Dich erkannt habe, bist Du derjenige unter allen Menschen, wenn ich von meinem Weibe, das mir der Tod nahm, und meinen Söhnen — ach, daß Du sie kennen möchtest — absehe, der meinem Herzen am nächsten getreten ist. Ich achte Dich, denn Du bist zwar ein irrender, aber doch ein ganzer Mann. Trinke also Deinen Scharab, es stört mich nicht. — Freilich würde ich vor meiner Wallfahrt vor Dir ausgespieen und den Rücken zugekehrt haben."

Glücklich und dankerfüllt hörte ihm Abondek zu; aber er verharrte in Schweigen, um die mächtige Bewegung, welche ihn durchschütterte, nicht zu verraten. Zu sich selbst jedoch sagte er: „Es ist nur ein Sudschi, ein armer Kerl, ein verachteter Tagelöhner — aber welch ein Mensch! Ich werde seinesgleichen nicht nochmals sehen, nie, niemals."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960716-11/fragment/page=0001

bewußtlos liegen blieb und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Nachher wurden die Thäter erkannt und nach heftiger Gegenwehr verhaftet. Nach der Festnahme stellte sich heraus, daß vier der Raufbolde aktive Offiziere sind, zwei Leutnants der Feldartillerie und zwei Husarenleutnants. Sie sitzen nun hinter Schloß und Riegel.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Vom Vereinsgesetz. Das Kammergericht hat in einem Prozeß, der sich wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes gegen die Parteigenossen Bock zu Luckenwalde und Wolfgang zu Brandenburg richtete, dahin entschieden, daß ein Vergnügen, welches unter freiem Himmel stattfindet, als Verstoß gegen das Vereinsgesetz anzusehen ist. Demzufolge haben sich die Veranstalter der Gewerbe-Ausstellung, sowie sämtliche Inhaber von Vergnügungsgärten in Berlin und Umgegend eines fortgesetzten Vergehens gegen dieses Gesetz schuldig gemacht und es würde gegen alle diese Herren von Kühnemann bis zum Direktor Samst hinab ein Massenprozeß zu erwarten sein, wenn nicht die goldenen Worte unseres Justizministers, daß, wenn zwei dasselbe thun, es nicht dasselbe ist, bewährte Geltung hätten!

§ Der Genosse Tischler Adolf Dorfinger in Wiener-Neustadt wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 15 Monaten Kerker verurteilt.

§ Der bekannte „Sang an Stenglein", der dem Genossen Wiertelarz in Erfurt 1 Monat Gefängnis einbrachte, hat dem eigentlichen Verfasser, dem verantwortlichen Redakteur des „Ulk", Schmidt-Cabanis, nur 50 Mk. gekostet.

§ Li-Hung-Tschang darf in Sachsen nicht kritisiert werden. Eine am Donnerstag abgehaltene von 120 Personen besuchte Versammlung der Schmiede in Leipzig, in der dem Genossen Wittich als Referenten das Wort entzogen wurde, verfiel der polizeilichen Auflösung, weil Genosse Wittich später noch eine kleine Berichtigung geben wollte. Charakteristisch ist, daß die Wortentziehung wegen einer Kritik des chinesischen Vizekönigs Li-Hung-Tschang erfolgte, was in der Versammlung große Entrüstung hervorrief. Gegen die Wortentziehung, sowie Auflösung wird Beschwerde geführt werden.

Zur Arbeiterbewegung.

— Der Ausstand in der Köbbeschen Buchdruckerei in Berlin ist nach fünfwöchiger Dauer zu gunsten des Verbandes deutscher Buchdrucker beendet. Am Sonnabend wurden sämtliche 40 Nothelfer entlassen und an ihrer Stelle kehrten am Montag morgen die 23 Ausständigen, verstärkt durch weitere 17 der Organisation angehörige Gehilfen, auf ihre Plätze zurück.

— In Wurzen sind Lohndifferenzen in der mechanischen Schuhfabrik von Lüder und Ko. eingetreten.

— Der Streik der Weber in Langenbielau dauert unverändert fort. Die Aussichten für die Streikenden sind, wie uns von dort berichtet wird, neuerdings günstiger wie je zuvor, so daß bei einigermaßen anhaltender pekuniärer Unterstützung der Sieg den Arbeitern sicher ist.

— Der Ausstand der Glaser in Leipzig dauert unverändert fort. In den letzten Tagen hat die Innung nochmals Verhandlungen mit dem Streikkomitee angebahnt, um eine Einigung herbeizuführen. So lange die Verhandlungen noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt haben, muß natürlich nach wie vor der Zuzug streng ferngehalten werden.

— Achtung, Preßenarbeiter! Die Arbeiter der ungarischen Preßenfabrikaktiengesellschaft in Budapest III, Wienerstraße, haben alle wegen Lohndifferenzen gekündigt und ersuchen, Zuzug von Preßenarbeitern fernzuhalten.

— Zürich. Eine von tausend Personen besuchte Arbeiterversammlung beschloß den Boykott über sämtliche Ringbrauereien bis zur Wiederanstellung der entlassenen Brauer.

General-Versammlung der Buchdrucker.

Halle 14. Juli.

Zweiter Tag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden einige Glückwunschtelegramme verlesen. Dann bekam der Vorsitzende des Verbandes, Döblin, das Wort. Redner geht mit Redakteur Gasch scharf ins Gericht und meint, Gasch habe nicht einen sachlichen Kampf zwischen zwei Anschauungen sondern einen persönlichen Kampf geführt. Gasch möge seinethalben ihn soviel beschimpfen, wie er wolle, er nehme für sich doch in Anspruch, für die moderne Arbeiterbewegung mehr gethan zu haben, als mancher Phrasenheld. Gasch, ein Mann, der jedes am Biertisch gesprochene Wort ausbeute, habe sich in Vertrauensfragen ausgeschwiegen und dem das Vertrauen mißbraucht. Derjenige Teil der Gehilfen, welcher auf dem Standpunkt Gaschs steht und mit seinen Mitteln kämpft, kann dem Verbande nichts nützen. Und wenn man ihm, Döblin, den Vorwurf mache, mit den Prinzipalen paktiert und zu anständig verkehrt zu haben, so meine er, der persönliche Anstand liege ihm so nahe, ihn auch wirtschaftlichen Gegnern gegenüber zu bewahren. Es sei haltlos und kindisch, aus dem anständigen Verkehr mit einem Prinzipal. Verdächtigungen jeder Art zu folgern. Eine krankhafte Manie seitens Gasch kann es nur sein, hinter jeder Handlung Verrat zu wittern. Nicht das Bedürfnis des Zentralvorstandes war es, mit den Prinzipalen in Verhandlungen zu treten, sondern das Bedürfnis der Gehilfen, denn alle Gutgesinnten wünschten den Frieden und haben den Prinzipalen gegenüber einen freundschaftlichen Ton empfohlen. Redner charakterisiert dann Gaschs früheres Verhalten durch mehrere von diesem an ihn gerichtete Briefe und weist nach, daß Gasch früher auf dem Standpunkt des Zentralvorsitzenden gestanden hat. „Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag", mit diesen sympathisierenden Worten habe sich Gasch früher an ihn gewandt. Gasch erhebe besonders den Vorwurf, er, Döblin, sei Gegner der Sozialdemokratie, und dabei wisse Gasch ganz genau, was er, Döblin, sei. Gasch gewinne aber keine Anhänger für die Arbeiterpartei sondern er stoße durch seine Kampfesweise nur ab. Bedauerlich sei es, daß die sozialdemokratische Presse, ohre die Sachlage im Buchdruckgewerbe zu prüfen, für Gasch Partei ergriffen habe. Der Vorwärts tadelt es, daß Gasch von ihm wegen Beleidigung verklagt worden sei und dabei habe der Gen. Fischer-Berlin dasselbe gethan. Wenn die Ideale des Gasch im Zukunftsstaat eingeführt werden sollten, dann danke er für den Zukunftsstaat. Am 17. Mai d. J. habe ihm Gasch noch eine schriftliche Bekanntmachung übersendet, wonach er bezeugte, daß der Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter ihre volle Schuldigkeit gethan haben und bald nachdem behauptete er das Gegenteil. Der sozialdemokratischen Partei und dem Vorwärts gegenüber habe Gasch früher eine zweifelhafte Rolle gespielt, indem er in taktlosester Weise von hohen Politikern, Phraseologie, Utopisterei und gedankenlosen Lesern des Vorwärts geschrieben. Früher habe Gasch die Politik aus dem Verbande ausgemerzt, jetzt will er sie wieder einführen; man könne nur immer Gasch von früher gegen Gasch von heute zitieren und seine Freunde werden sich mit Entrüstung von ihm wenden, wenn sie ihn richtig kennen gelernt haben. Redner bemerkt am Schlusse seiner Ausführungen: „Wir haben das Geschehene nicht verhindern können und glauben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Wir bitten, an der Tarifgemeinschaft festzuhalten und bezüglich der schädigenden Leitung des Verbandsorgans Wandel zu schaffen. Wir haben unsere Schuldigkeit gethan und sehen Ihrer Entscheidung mit Ruhe entgegen."

Darauf trat eine Pause von ½ Stunde ein. Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß sich Redakteur Gasch bereit erklärt habe, auf Döblins Rede sofort zu antworten, daß das Bureau sich darin aber einig sei, Gaschs Angebot nicht statt geben zu dürfen, da man erst die Delegierten in der Angelegenheit einmal hören müsse. Dem Redakteur Gasch wurde bedeutet, sich nach Bedürfnis in der Rednerliste eintragen zu lassen.

Es bekam dann das Wort Müller-Eisen. Redner erklärt, auf den persönlichen Streit Döblin wider Gasch nicht eingehen zu wollen und meint, wenn Gasch geschickter Kampfesmittel angewandt hätte, würde die Opposition gegen die Tarifgemeinschaft bedeutend besser stehen. Es müsse aber zurückgewiesen werden, daß Gasch den Kampf gegen die Tarifgemeinschaft heraufbeschworen habe, denn schon 1890 sei eine Bewegung gegen die Tarifgemeinschaft entstanden, daß man nur einen günstigen Augenblick abwartete, wo man den Tarif abschütteln konnte. Redner wendet sich in sachlicher Weise gegen die Tarifgemeinschaft mit dem Bemerken, man dürfe nicht etwa glauben, wenn man sich hier in der Generalversammlung mit Majorität für die Tarifgemeinschaft ausspricht, daß der richtige Willensausdruck der Gehilfen gegeben worden ist. Es müsse aber zugestanden werden, daß den Vertretern des Tarifs bei den Verhandlungen mit den Prinzipalen das Wohl der Gehilfenschaft am Herzen gelegen habe und keineswegs Verrat hinter den Handlungen zu wittern sei. Die Politik solle aus dem Verbande ausgeschlossen sein und die Opposition verlange auch nicht, daß der Verband sozialdemokratisch sein soll. Er sei aber der Meinung, daß ein Vertreter des Freisinns kein hohes Vertrauensamt in der Arbeiterbewegung inne haben dürfe. Und die Parteipresse habe nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, mitzureden in der Gewerkschaftsbewegung, wenn deren Führer etwas gemacht haben, was den Interessen der Allgemeinheit zuwiderläuft. Es wird viel von moderner Arbeiterbewegung gesprochen; die Tarifgemeinschaft sei aber nichts Modernes, sondern ein wirtschaftliches Unding. Die Prinzipale verfolgen ganz andere Interessen als die Gehilfen, denn die ersteren drücken den Lohn herab, während die letzteren immer bessere Arbeitsbedingungen erstreben. Dieser Gegensatz lasse sich durch keine Tarifgemeinschaft beseitigen. Die Tarifgemeinschaft bedeutet eine Abhängigkeit von der Gnade der Kapitalisten, denn der Kapitalist verfolgt unbeschadet darum, ob es dem Arbeiter gut oder schlecht geht, seine eigenen Interessen. Redner meint zum Schlusse, die Opposition sei in der Organisation die treibende Kraft und bittet, die Tarifgemeinschaft mit allen ihren Anhängseln abzulehnen.

Kuie-Stuttgart steht auf dem Boden des Vorstandes und der Tarifgemeinschaft und bekämpft das Vorgehen von Gasch, wenn die Opposition das Materielle am Tarif anerkenne, so müsse sie auch das andere begreifen. Wenn er auch kein starker Anhänger der Tarifgemeinschaft sei, so wisse er aber doch, was die Ablehnung des Tarifs bedeuten würde.

Riedel-Leipzig kritisiert in scharfer Weise das Verhalten des Zentralvorstandes in Sachen der Unterschriften für den Tarif. Gasch habe ungeschickt operiert und sozusagen die Opposition „versaut". Mit der Potenz der höchsten Gemeinheit sei er zu Werke gegangen und die Leipziger Volkszeitung habe ihn bedauerlicherweise darin noch unterstützt. Redners Standpunkt ist, die Tarifgemeinschaft abzulehnen und mit Gasch zu brechen.

Massini-Berlin beleuchtet das sog. Verdecksitzen der Buchdrucker in arbeitsfindlichen Druckereien und meint, daß es hohe Zeit sei, mit dieser deprimierend wirkenden Einrichtung endlich einmal zu brechen. Redner steht ebenfalls auf dem Standpunkt der Tarifgemeinschaft und verteidigt seine Position. Die Tarifgemeinschaft und die damit verbundene Ruhe in der Gewerkschaft könne der politischen Agitation für die Arbeiterpartei zu gute kommen und da seien die Buchdrucker die berufenen Pioniere. Die Tarifgemeinschaft sei auch ein Mittel gegen die Schmutzkonkurrenz und man solle doch nicht bloß für die Großstadt, sondern auch für die Provinz sorgen. Man dürfe sich auch nicht der Täuschung hingeben, daß in kurzer Zeit bessere Konjunkturen eintreten werden, denn das Jahr 1873 sei für die Buchdrucker einmal gewesen und kehre nicht wieder. Wenn Tarifgegner das Ausnutzen der Konjunkturen befürworten, so müssen sie auch wissen, daß die Prinzipale die Konjunkturen auch für sich ausnutzen. Redner weist dann auf den Konfektionsarbeiterstreik hin und meint, so etwas könne im Buchdruckgewerbe garnicht passieren, daß die Prinzipale den Tarif erst anerkennen und dann hinterher ihr Wort schnöde brechen. Interessant zu hören waren die Mitteilungen, die Redner über die Firma Ludwig Löwe Berlin (Maschinenfabrik) machte. Dort wird nämlich Schriftsatz, Feuilleton u. s. w. für verschiedene Zeitungen zu einen billigen Preise geliefert und dort entsteht eine schwere Konkurrenz bereitet, welche der, durch die Prinzipale mehrfach verwertete Satz herbeiführt. Redner betont noch, daß er mit Gasch früher auf freundschaftlichem Fuße gestanden, dessen früheres Wirken für die Gehilfenschaft auch anerkenne, daß aber Gasch sich jetzt sein Todesurteil selbst gesprochen habe. Zum Schlusse bemerkt Redner noch, daß das politische Parteibekenntnis in der Gewerkschaft Privatsache sei, ebenso wie es in der Arbeiterpartei heiße „Religion ist Privatsache."

Giesecke-Berlin kritisiert in längeren Ausführungen das Verhalten Riedels-Leipzig, welches kein gerades gewesen sei.

Rauh-Leipzig, Tarifgegner, wendet sich gegen Rexhäuser, der sich über einige schwierige Punkte mit Eleganz hinweggesetzt habe. Rexhäuser habe sich zur Begründung seiner Ansicht auf verschiedene Autoritäten in der Partei berufen. Was will das aber besagen, wenn einzelne Abgeordnete, die doch die Partei nicht repräsentieren, Rexhäusers Ansicht haben. Zugegeben werden muß, daß in der sozialdemokratischen Partei sich ein vollständiger Umschwung vollzogen hat. Sie unterstützt die Gewerkschaft jetzt nicht blos theoretisch, sondern auch praktisch. Redner bemängelt, daß Vertreter der Gehilfenschaft einzelnen Prinzipalen bei den Verhandlungen ihren Dank abgestattet hätten, während solche Leute, unsere Gegner und größten Renegaten in Erwägung ihrer Handlungen gegen die Gehilfenschaft, Fußtritte verdient hätten. Sie chen Gehilfen sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen. Redner bespricht dann den Tarif, welcher nach Gunst des Kapitals rieche, die Buchdrucker fessele und knebele. Den Macher der Klausel über die Drucker wünschte er, natürlich in der Praxis verstanden, an den Galgen. Er schließt mit den Worten: „Ich bitte Sie, diesem Monstrum Ihre Stimme nicht zu geben". Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und mitgeteilt, daß noch über 40 Redner in der Liste eingetragen sind.

Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter.

Stuttgart, 13. Juli 1896.

Im schön geschmückten großen Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses zum Hirsch sammelten sich gestern abend die zur heute beginnenden Generalversammlung gewählten Delegierten des Tabakarbeiterunterstützungsvereins. Kurz nach 10 Uhr, nachdem die letzten Delegierten angekommen waren, hieß der Vorstand des Stuttgarter Tabakarbeitervereins, Wildemann, die Delegierten im Namen seines Vereins und der organisierten Arbeiterschaft Stuttgarts herzlich willkommen, mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen auch dieser Generalversammlung in ihrem Resultat sich würdig von früheren erweisen möchten. Hierauf wurde die Generalversammlung durch den ältesten anwesenden Delegierten (den Vertreter von Görlitz) eröffnet und die Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen für die Generalversammlung vorgenommen. Unter den Anwesenden, die aus allen Teilen des Reiches zusammengekommen sind, befand sich bereits gestern abend der Redakteur des Verbandsorgans, „Der Gewerkschafter", Herr Reichstagsabgeordneter Geyer; zu den heutigen Verhandlungen wird auch der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Meister-Hannover, und der Vorsitzende der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Legien Hamburg, erwartet. Der Vorstand des Unterstützungsvereins ist durch die Vorstandsmitglieder Junge und Lorde vertreten. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Börner-Berlin und Blohme Bremen. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen heute vormittags 9 Uhr. Wir wünschen denselben den besten Verlauf.

Erste Sitzung.

Börner-Berlin eröffnet ½10 Uhr die Verhandlungen, stellt sofort die von der Geschäftsordnungskommission ausgearbeitete Geschäftsordnung zur Diskussion. Es wird beschlossen, die Verhandlungen von morgens 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr stattfinden zu lassen, und im weiteren wird der vorgelegte Entwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt die Anwesenheit von 45 Delegierten aus 42 Wahlkreisen, von 3 Mitgliedern des Hauptvorstandes, des Vorsitzenden des Ausschusses und des Redakteurs des Vereinsorgans „Der Gewerkschafter".

Der Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, wird durch den Vorsitzenden des Unterstützungsvereins, Junge, mit verschiedenen Einzelheiten ergänzt. Im besonderen erläutert Junge die Stellung des Tabakarbeiterverbandes zur Generalkommission. Die Tabakarbeiter seien von ihrer Beteiligung zur Generalkommission zurückgetreten, weil sie von deren Thätigkeit nicht den erhofften Erfolg erwarten konnten. Er stehe heute noch wie alle Mitglieder des Vorstandes auf dem Standpunkt, daß die Tabakarbeiter den Gewerkschaften stets für die geleistete Hilfe dankbar sein werden. Aber es müsse konstatiert werden, daß die Tabakarbeiter bis jetzt nie zurückgeblieben seien in der Unterstützung anderer Gewerkschaften. Die Tabakarbeiter haben in der Zeit vom August 1894 bis März 1896 für gewerkschaftliche Zwecke 23800 M. aufgebracht, gewiß ein Zeichen, daß man nicht undankbar ist. Es besteht und besteht nicht die Absicht, sich von den übrigen Gewerkschaften zu trennen, sondern wo es immer gilt, sind wir am Platze.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Meister, konstatiert, daß auch in den abgelaufenen zwei Jahren das Verhältnis zwischen Vorstand und Ausschuß ein sehr gutes geblieben und daraus wohl zu schließen sei, daß das Vereinsleben ein gesundes war. Die stetig schwebenden Steuerprojekte unterstützten die Agitation wesentlich; wenn auch der Verein als solcher aus vereinsgesetzlichen Gründen sich an der Agitation gegen diese Projekte nicht beteiligen konnte, so steht doch fest, daß die Kollegen alles gethan haben, um für dieses Mal die Projekte nochmals abzuwehren. In den letzten zwei Jahren sind mehr Streiks als je notwendig gewesen. Es entstanden in 70 Fällen Differenzen, oft aus geradezu nichtigen Gründen. Die Gefahr der Steuerprojekte hat einzelne Fabriken veranlaßt, die unangenehmen Folgen schon im voraus auf die Arbeiter abzuwälzen, und diese Erfahrung sollte auch dazu beitragen, allen Kollegen und Kolleginnen die Augen zu öffnen, daß Arbeiter und Unternehmer ganz verschiedene Interessen haben. Der Ausschuß tritt, entgegen von geäußerten Wünschen, für Erhaltung des jetzigen Zustandes ein, daß bei Streiks Nichtmitglieder nicht unterstützt werden sollen. Diese Unterstützung sollte gerade den Kollegen die Zugehörigkeit zum Verbande als notwendig erscheinen lassen. Die Zahl der Mitglieder ist von 13757 im Januar 1893 auf 15038 im gegenwärtigen Augenblick gestiegen. Beschwerden gegen den Vorstand sind beim Ausschuß nicht eingegangen.

Niendorf-Ottensen: Wir sind in der Frage der Stellung zur Generalkommission anderer Meinung als unsere Vereinsleitung und können nicht begreifen, daß man die Flinte ins Korn warf, weil man mit den Leistungen der Generalkommission nicht zufrieden war. Es wäre sicher besser gewesen, sich auch weiter zu beteiligen und zu bessern. Ich bin mit der geschäftlichen Thätigkeit der Vereinsleitung zufrieden, könnte aber ihm nicht Decharge erteilen in seiner Haltung gegenüber der Generalkommission.

Burgold-Braunschweig schließt sich dem Vorredner an, der Vorstand hat kein Recht, auf das Resultat der Urabstimmung stolz zu sein. Daß eine Majorität die Zahlung der Beiträge an die Generalkommission verweigert, dies zeugt nicht von großem Solidaritätsgefühl.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die Behandlung des Verhältnisses zur Generalkommission zurückzustellen bis zur Anwesenheit des Vertreters der Generalkommission.

Repp-Ladenburg: Da besonders auf dem Lande viele Kollegen erst für die Organisation gewonnen werden, wenn sie von ihr direkte Vorteile erhalten, sollte der Vorstand und der Ausschuß berechtigt sein, in bestimmten Fällen auch Nichtmitgliedern Unterstützung zu gewähren.

Rebs-Weißenfels ist gegenteiliger Ansicht, es soll erst Unterstützung gezahlt werden, wenn vorher der Beitritt zur Organisation erklärt wird.

Junge: Es wäre unthunlich, die Unterstützung von Nichtmitgliedern auszusprechen, das hieße eine Prämie für Nichtmitgliedschaft aussetzen. Bis jetzt sind fast bei jedem Kampf auch Nichtmitglieder unterstützt worden.

Repp Ladenburg glaubt, daß zur Förderung der Agitation es notwendig ist, aus freien Mitteln auch Unterstützung an Nichtmitglieder zu zahlen.

Nach einer durch den Redakteur des Vereinsorgans veranlaßten Beratung wird beschlossen, das Protokoll der Verhandlungen ausführlich im Gewerkschafter zu veröffentlichen und von einer Broschüre abzusehen.

Man tritt ein in die Beratung der eingelaufenen Anträge.

Ramm Ottensen begründet den Antrag, den Sitz des Vereins von Bremen zu verlegen, damit, daß die Leiter des Vereins nicht mehr den Gesinnungen der Gesamtheit entsprächen, daß dieselben zu sehr in mittelalterlichen Zunftanschauungen steckten.

Meister-Hannover ist gegen eine Sitzverlegung, weil die Sicherheit der Organisation es verlangt, einen Ort zu haben, der keine Gefahr für den Verein bietet. Wenn der Leiter des Vereins mißliebig geworden ist durch seine Haltung der Generalkommission gegenüber, so soll er nicht mehr gewählt werden, aber deshalb braucht doch der Sitz nicht verlegt zu werden.

Blohm und einige weitere Redner unterstützen die Ansicht Meisters.

Vierter deutscher Schneider- und Schneidrinnen-Kongreß.

Eisenach, 13. Juli 1896.

Der Kongreß hielt seine Sitzungen im Saale des Gasthauses „Zum fröhlichen Mann" ab. Der Saal ist mit Tannengrün, roten Draperien und Fahnen, Transparenten, den Büsten von Lassalle und Marx und dem Bildnis von Engels geschmückt.

Gegen 8½ Uhr eröffnete Fahrenkamm-Erfurt den Kongreß mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Pätzold-Eisenach heißt die Delegierten namens des Lokal-Komitees willkommen.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 40 Delegierte, darunter 4 weibliche und Bötzer-Wien anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Das Bureau wird gebildet aus Mahlke-Flensburg und Sabath-Hamburg als Vorsitzende und Enders, Käse, Jäger, Menzler, Fräulein Bader, Seeger, Witte und Tröpper.

Reißhaus stellt den Geschäftsordnungs-Entwurf der Geschäftsordnungskommission zur Debatte. Derselbe wird nach kurzer Debatte mit einigen Modifikationen angenommen.

Timm-Berlin erstattet den „Bericht der Fünferkommission über die Bewegung in der Konfektionsindustrie". Redner giebt einen Rückblick über die Entwicklung der genannten Industrie und die Maßnahmen, welche die Arbeiter gegen die aus der Umwälzung in der Bekleidungs-Industrie resultierenden Mißstände ergriffen.

Bötzer-Wien überbringt die Grüße der österreichischen Kollegen und Kolleginnen. Wenn er die Verhältnisse in Oestreich schildern solle, so müsse er die eigenen Kämpfe der deutschen Arbeiter schildern. In Oestreich sei es um kein Jota besser als in Deutschland, nur habe man es doch mit einem zurückgebliebenen Unternehmertum zu schaffen. Den deutschen Konfektionsarbeiterstreik haben die österreichischen Kollegen mit großer Sympathie verfolgt. Im nächsten Frühjahr wird wahrscheinlich auch in Oestreich in eine Bewegung eingetreten werden. Redner warnt vor einer Separatorganisation der Konfektionsarbeiter, durch welche der Kastengeist gefördert werde.

Seeger-Leipzig tadelt die Vertrauensseligkeit der Fünferkommission den Konfektionären gegenüber. Seit Jahren hat man für die Errichtung von Betriebswerkstätten agitiert und trotzdem diese Forderung am ersten über Bord geworfen; alle Bewilligungen werden illusorisch gemacht durch die Hausindustrie. Die Erfolge, die Timm gesehen haben will, sind bei Lichte betrachtet gleich Null. Im Leipzig haben sich die Parteigenossen nicht an der Bewegung beteiligt. Er meine, wenn man erst eine Forderung aufstelle, wie die auf Errichtung von Betriebswerkstätten, und dieselbe dann im kritischen Augenblicke fallen lasse, um sie später wieder hervorzuholen, so sei das Humbug. Die Hauptsache sei eine umfassende Agitation und Organisation, von der Gesetzgebung und Verwaltung sei nichts zu erwarten.

Schwieger-Braunschweig erklärt, daß Braunschweig von einer Beschickung der Erfurter Konferenz abgesehen habe, da man

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960716-11/fragment/page=0002

keinen Kollegen aus der Konfektion dazu zur Verfügung gehabt habe. Das zweite Flugblatt sei für das weitere Publikum und namentlich für die Landbevölkerung unverständlich gewesen, darum sei es in Braunschweig nicht verbreitet worden. Die Flugblätter müßten den örtlichen Verhältnissen mehr angepaßt sein. Redner ist gegen eine Separatorganisation der Konfektionsarbeiter. Wenn die Leipziger zur Flugblattverbreitung noch andere Arbeiter heranziehen müssen, so sei das ein trauriges Zeichen für die Leipziger Schneider.

Reißhaus Erfurt ist der Meinung, daß es der Fehler der Kommission gewesen sei, daß dieselbe Forderungen aufgestellt habe, die nicht durchzuführen seien; das sei die Errichtung von Betriebswerkstätten. Er sei zwar prinzipiell für diese Forderung, denn nur durch diese werde eine Besserung der Lage herbeigeführt. Er habe seit langem dafür gekämpft. Aber eine solche Umwälzung der gesamten Schneiderei lasse sich nicht durch eine Lohnbewegung erreichen.

Es ist ein schriftlicher Antrag aus München eingegangen auf Gründung einer besonderen Konfektionsarbeiter Organisation.

Um 12 Uhr tritt eine 2stündige Mittagspause ein.

Lokales und Provinzielles

Halle a. S., 15. Juli 1896

* **Der Buchdruckertag** wird auch heute die Beratungen über die Tarifgemeinschaft und die damit verbundenen unerquicklichen persönlichen Auseinandersetzungen kaum zu Ende bringen können, wenn nicht verschiedene Redner auf das Wort verzichtet haben oder im Laufe des Tages ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit angenommen worden ist. An dem Endergebnis der Beratungen scheint sich wenig mehr ändern zu lassen. Die Tarifgemeinschaft wird voraussichtlich angenommen werden, und das Verbandsorgan wird, wenn nicht ein völliger Umschlag in der Stimmung der Delegiertenmehrheit eintritt, einen andern Redakteur erhalten. Ueber die gestern gehaltenen Reden berichten wir an andrer Stelle. Eine Beleuchtung der zu Gehör gebrachten Gründe für Annahme und Ablehnung der Tarifgemeinschaft behalten wir uns bis nach Abschluß der Beratungen über diesen Punkt vor. Möge die Entscheidung so fallen, wie es das dauernde Interesse einer so wichtigen Gewerkschaft verlangt, und mögen namentlich die jetzt aufgeregten Gemüter in der gemeinsamen Forderung ihrer Aufgaben die Uebereinstimmung und Ruhe wieder finden, ohne die weder auf politischem noch auf gewerkschaftlichem Gebiete ein gedeihliches Wirken möglich ist. Hoch über allen persönlichen Differenzen steht das Arbeiten für die große Idee des Kampfes gegen den Kapitalismus.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Das Walhallatheater eröffnet am morgigen Donnerstag nach sechswöchentlicher Pause, die gar vielen allzulang erschienen ist, seine Pforten endlich wieder und wird sich den Besuchern wieder in vielfach erneuertem und verschönertem Gewande zeigen. Der Eröffnungs-Spielplan ist durchweg aus sogenannten Glanznummern zusammengesetzt, und haben also die überaus zahlreichen Freunde und Verehrer unseres Spezialitätentheaters nun wieder die längst ersehnte Gelegenheit, ihre Abende genußreich und gemütlich zu verbringen. Jedenfalls ist mit der Wiedereröffnung des Walhallatheaters nunmehr eine Lücke in unserem gesellschaftlichen Leben wieder ausgefüllt.

* **Glück auf!** Im Bergmannstrost fanden Aufnahme der 16jährige Arbeiter Müller aus Neugattersleben, der auf Grube Luise Hedwig durch glühende Asche an Gesicht und Händen verbrannt worden ist, ferner der Bergmann **Hauck** aus Nietleben, dem auf Grube Neuglücker Verein durch einen Kippwagen die Finger der rechten Hand zerquetscht worden sind.

* **Unfall.** In der Prellerschen Dampftischlerei, Forsterstr. 41, geriet heute früh der Arbeiter Aleithe, Schülershof 16 wohnhaft, mit der linken Hand in die Kreissäge, drei Finger wurden ihm so zerschnitten, daß sie voraussichtlich müssen abgenommen werden; Daumen und Zeigefinger können vielleicht erhalten bleiben.

* **Unfall.** In der Böttcherei von Hädicke, Schillerstraße, geriet der Böttcher Scherf mit der linken Hand in die Hobelmaschine; der kleine Finger mußte amputiert werden.

* **Gestorben.** Im Laufe der vergangenen Woche verstarben 41 Personen und zwar an Krämpfen 4, Brechdurchfall 6, Darmkatarrh 4, Keuchhusten 2, Lungenentzündung 4, Leberkrebs 1, Lungentuberkulose 1, Schwäche 3, Kinderzehrung 3, Herzschwäche 2, allgemeiner Schwäche 1, hereditäre Lues 1, Diphtheritis und Lungenentzündung 1, Scharlach 1, Herzlähmung 1, Herzschlag 1, Drüsenkrebs 1, Blutvergiftung 1, Gehirnentzündung 1, eitriger Nabelvenenentzündung 1, den Folgen des Ueberfahrens durch die Eisenbahn 1. Darunter sind 3 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Merseburg. Die Bahn nach Lauchstädt ist in baldiger Vollendung begriffen. Bis Schotterei sind bereits die Geleise gelegt und die Stationsgebäude bedürfen nur noch des inneren Ausbaues.

Zeitz. Der Jahresbericht der Handelskammer in Halle verkündet, daß der Kohlenbergbau im letzten Jahre sich bedeutend gehoben habe, so daß die Arbeiter vermehrt werden mußten. Auch der Geschäftsgang der Solarölfabrikation wie der Kerzen ꝛc. sei ein sehr guter zu nennen gewesen. Derselbe Fall sei auch in der Maschinenindustrie eingetreten, so daß in letzterer viele Ueberstunden gemacht und oft auch die Nacht hindurch gearbeitet werden mußte. Das wird sehr erfreulich gewesen sein für die — Herren Besitzer und Aktionäre, denn die Arbeiter haben von dem erhöhten Geschäftsgang und Absatz der von ihnen erzeugten Waren nicht nur nicht den geringsten Nutzen gehabt, sondern es ist ihnen sogar verschiedentlich der Lohn gekürzt worden. Speziell in der Maschinen-Industrie trifft das in vielen Fällen zu. Das ist das Verkehrte in der heutigen Gesellschafts Unordnung. Es wird bedeutend mehr produziert und die Arbeiter gehen allmählich zu Grunde, weil wir zu viel Waren haben.

Weißenfels. Der Versuch der streikenden Brauer, mit der Firma Lorenz ein Einvernehmen zu erzielen, wurde von letzterer schroff abgewiesen. Auch der Versuch, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, wurde vom Gerichtsschreiber unter Berufung auf die im Volksblatt gestern veröffentlichte Arbeitsordnung abgewiesen. Diese Arbeitsordnung enthält jedoch ungesetzliche Bestimmungen und kann nicht giltig sein. Die Brauer werden sich nun an den Gewerbe-Inspektor wenden und das Eintreten der Arbeiterschaft für ihre Forderungen erstreben. Hoffentlich wird das Herrn Lorenz umstimmen. Zu diesem Zwecke findet Donnerstag abend eine Versammlung des Gewerkschaftskartells statt, zu welcher durch Inserat eingeladen wird. Ein auswärtiger Referent hat sein Erscheinen zugesagt. Es wird in der Versammlung über die weiteren Zustände in der Lorenzschen Brauerei berichtet werden. **Bis jetzt ist nur ein Streikbrecher, der aus Halle gekommen ist, eingetreten.**

Weißenfels. Wie unlängst durch Schießübungen, so werden jetzt durch Sprengübungen wiederum Wege abgesperrt. Die Sprengübungen werden am Donnerstag nachmittag von 4–6 Uhr auf dem großen Exerzierplatze von den Husaren vorgenommen und, damit Unglücksfälle vermieden werden, wird das bedrohte Gelände abgesperrt durch Husaren.

Weißenfels. Die Stelle des ersten Bürgermeisters, die mit 6000 M. pensionsfähigem Gehalt dotiert ist, wird am 10. September 1897 frei

Weißenfels. Deserteure. Montag nachmittag gingen fünf Husarenpferde durch, die im Schloßgarten weideten. Sie rasten durch die Stadt, wobei eins infolge Anprallens an eine Selterwasserbude zum Stürzen kam. Vier der Tiere wurden bei Langendorf wieder eingefangen, das letzte erst kurz vor Station Prittitz. Alle Durchgänger haben kleine Verletzungen davongetragen.

Naumburg. Wegen widernatürlicher Unzucht in fünf Fällen wurde der 17jährige Knecht Rich. Müller aus Großjena-Korlepp zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der gleichen krankhaften That war ein 78jähriger Rentner aus Döschwitz angeklagt, doch gelangte das Gericht bei ihm zur Freisprechung.

Naumburg. Im angeheiterten Zustande wollte am Sonntag ein Besucher der Wilhelmsburg geraden Wegs den Berg herunter nach Kösen steigen. Er kam dabei zum Fallen, brach sich mehrere Finger entzwei, schlug sich das Gesicht auf, und außerdem wurden ihm mehrere Zähne ausgebrochen. Das war harte Strafe für den Uebermut.

Naumburg. In der Saale aufgefunden wurde am Sonntag nachmittag in der Nähe von Schönburg die Leiche eines jungen Mädchens. Die Ermittelungen ergaben, daß das Mädchen — eine gewisse Helene Oswaldt — vor einigen Tagen plötzlich aus Naumburg verschwand und von der Eisenbahnbrücke in die Saale sprang

Eisleben. Recht nette Zustände scheinen im hiesigen gewerkschaftlichen Krankenhause zu herrschen. Wurde da im Laufe voriger Woche der schwer verunglückte Bergmann Leonhardt aus Bornstedt durch zwei Kameraden nach demselben gebracht Der Mann wird von dem Musterwärter Guntke angefahren, als besoffen erklärt und nach dem Bade geschleppt; auch hat er ein kaltes Bad erhalten und der Wärter ließ ihn dann auf den kalten Fliesen stehen. Da ist Leonhardt hingefallen; andern Tags ist er sodann gestorben. Wie ich nun in Erfahrung gebracht habe, sind die zwei Kameraden von Revierbeamten vernommen worden, hoffentlich nicht bloß der Form wegen, denn mit dieser Sache muß sich doch jedenfalls die Staatsanwaltschaft befassen. Doch nun zu einer andern Frage, die schon längst einmal hätte erörtert werden sollen. Warum hat die Knappschaftskasse keinen Arzt, der im Krankenhause wohnt? Ich will hier dem thatsächlichen Leiter desselben, dem Heilgehilfen Wehnert durchaus nicht zu nahe treten; er mag bei Verwundungen ganz gut bewandert sein im Anlegen von Verbänden ꝛc.; die langjährige praktische Ausübung solcher Arbeiten läßt das erwarten; aber es kommen doch auch innerlich Kranke, und da ist vor allen Dingen ein tüchtiger praktischer Arzt nötig, der im Krankenhause wohnt. Was will es z. B. heißen, wenn ein Schwerkranker im Laufe der Nacht eingebracht wird, und am nächsten Tage gegen Mittag kommt erst der Arzt? Kann da die Krankheit nicht solche Fortschritte gemacht haben, daß sie überhaupt nicht mehr zu heilen ist? Und entschieden ist zu verneinen, daß ein Heilgehilfe erkennen kann, ob ein innerlich Kranker sich in einem solchen Zustande befindet, daß der Arzt noch entbehrt werden kann. Oder denkt die Verwaltung, es seien ja doch bloß Arbeiter und da gebe es genug? Menschenfleisch dieser Sorte ist ja allerdings überall umsonst zu haben. Darum heißt es auch hier wieder: Arbeiter, aufgewacht! Fordert Eure Rechte und wahret sie. Mit Bitten und Flehen ist auch hier nichts zu erreichen. Hoffentlich bleibt die Verwaltung des Knappschaftsvereins die Antwort nicht schuldig und wäre es bloß in Form einer Berichtigung. Ich habe die Hoffnung, daß es auch bei dieser Sache etwas anders wird, wie bei so vielen andern, wo sich die bösen Sozi ins Mittel legten, und die bösen Sozialdemokraten wachen gerade hier unter der Leuschnerschen Herrschaft über alles, wo Arbeiterinteressen in Frage kommen, dessen können sich die Gewaltigen im Leuschnerreiche versichert halten.

Hohenmölsen. Denunziationssucht. Die Bergarbeiterfrau Friederike Staudte hatte eine andere Frau wegen Diebstahls denunziert. Das Blatt wendete sich jedoch und die Denunziantin kam wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor das Landgericht Naumburg. Sie wurde hier zwar freigesprochen, da ihr das Bewußtsein der Unrichtigkeit nicht nachgewiesen werden konnte, der gehabte Schreck, bald selbst verurteilt zu werden, dürfte ihr aber hoffentlich für die Zukunft die Lust zum Denunzieren vergällt haben.

Delitzsch. In Beerendorf brannte der Stall des Fiedlerschen Gasthofes nebst zwei Scheunen nieder.

Oebisfelde. Bei der Zwangsversteigerung des Ritterguts Büstedt erhielt Privatier Bethge aus Blankenburg für 130 000 M. den Zuschlag. Das Rittergut hat 85 Hektar Felder, Wiesen ꝛc.

Mühlhausen. In Kaiserssiegen sind sechs Wohnhäuser und acht Scheunen niedergebrannt.

Nordhausen. Dem Schmied Apel wurde in der Maschinenfabrik beim Einölen eines Rades der linke Daumen abgequetscht.

In Wildschütz bei Deuben stieß man bei Grenzregulierungsarbeiten in der Tiefe von etwa einem Meter auf ein Skelett in hockender Stellung. Neben demselben lag ein Steinmeißel und eine Steinhammeraxt. Man nimmt an, daß die Werkzeuge und möglicherweise auch das Skelett etwa 2500 Jahre alt sind. Bei der Berührung fiel das Skelett auseinander wie Zunder.

Wittenberg. Dienstag früh entgleisten zwischen Pratau und Bergwitz die Maschine eines Eilgüterzugs und vier Güterwagen. Beide Geleise waren bis zum Nachmittag gesperrt. Zwei Bremser erlitten leichte Verletzungen. Die Reisenden der Personenzüge mußten an der Unfallstelle umsteigen, die Schnellzüge nach Berlin wurden über Dessau geführt.

Kleine Provinzial-Chronik. In Schollene, Kreis Jerichow, ertrank der Arbeiter Flögel beim Baden; er wurde vom Schlag getroffen. — Auf ungesundes Trinkwasser werden in Zörbig die Fälle von gastrischem Fieber zurückgeführt, die mehrfach in letzter Zeit vorgekommen sind. — Ins Krankenhaus von Egeln wurde der Maurerlehrling Ernst Koch gebracht, der 10 Meter tief vom Gerüst gestürzt war und einen Schädelbruch davongetragen hatte. — In Weißenfels gerieten die Kleider eines neunjährigen Mädchens in Brand, als es Petroleum in das glimmende Feuer goß; die unvorsichtige Kleine erlitt schmerzhafte Brandwunden.

Versammlungen.

Eine für alle Metallarbeiter wichtige Versammlung findet morgen, Donnerstag, in der Moritzburg statt. Referent ist Genosse Körsten aus Berlin, der über den dortigen Streik der Former, der eine Folge der Maifeier ist, sprechen wird. Es handelt sich namentlich darum, festzustellen, ob auch in halleschen Eisen- und Metallgießereien Gußstücke hergestellt werden für die gesperrten Berliner Fabriken.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 14. Juli. Neuer Auflösungsgrund. In heutiger Schöffengerichtssitzung kam u. a. eine Sache gegen vier Angeklagte zur Verhandlung, bei der das preußische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 maßgebend war. Die Sache bildete ein Nachspiel zu einer am 28 März d. J. im Neuen Theater hierselbst abgehaltenen öffentlichen Tischlerversammlung, die aus einem seltsamen Grunde per polizeilichen Auflösung verfallen war. Als Angeklagte erschienen die Tischler Paul Döring, Paul Wersig, Heinrich Krull und Eduard Petzold, sämtlich bisher unbestraft. Die gegen sie erhobene Beschuldigung lautete dahin, Döring habe öffentlich vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen eine von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnung aufgefordert und nebst den übrigen Angeklagten der Aufforderung des überwachenden Beamten zum Verlassen des Lokals nicht sogleich Folge geleistet, Vergehen gegen § 111 in Verbindung mit § 110 Str.-G. B. und Uebertretung des preußischen Vereinsgesetzes. Der Angeklagte war Vorsitzender erwähnter Versammlung gewesen, Wersig Schriftführer, Krull und Petzold Beisitzer. Döring erklärte sich für nichtschuldig. Der Polizeibeamte, der als überwachender Beamter dagewesen, habe plötzlich jene Versammlung für aufgelöst erklärt und auf seine, Dörings Frage: „weshalb?" zur Antwort gegeben: „weil es 12 Uhr durch ist". Darauf habe er, Döring, dies für keinen stichhaltigen Grund erklärt und deshalb die Versammlung noch 10 Minuten weiter geleitet. Der Kommissar habe sich wieder neben ihn gesetzt und er, Döring habe nun gedacht, die Auflösung sei zurückgenommen. Richtig sei, daß er, Döring, nach der erfolgten Ankündigung der Auflösung gesagt habe, er werde auf seine Verantwortung die Versammlung weiter tagen lassen, wenn der Beamte den Paragraph nicht nenne, durch den die Auflösung begründet sein solle. Eine Aufforderung an die Versammelten, den Saal zu verlassen, sei von dem Beamten nicht erlassen worden. Aehnliche Erklärungen gaben die andern Angeklagten ab und äußerten sich noch dahin, angenommen zu haben, der Beamte habe, weil er sich wieder niedergesetzt und sich passiv verhalten, seinen Irrtum eingesehen und gegen die Weitertagung nichts einzuwenden. Unruhig sei die Versammlung erst infolge der angekündigten Auflösung geworden, Döring als Vorsitzender habe aber die Ruhe alsbald wiederhergestellt. Als einziger Zeuge wurde Polizeikommissar Burchardt vernommen. Selbiger bekundete: Gegen 12 Uhr nachts entspann sich ein Streit zwischen Verbands- und Nichtverbandsmitgliedern, weshab ich gegen ½1 Uhr die Versammlung für aufgelöst erklärte, nachdem mir der Wirt auf Befragen, wie lange bei ihm Polizeistunde sei, den Bescheid gegeben hatte: bis 12 Uhr. Auf Dörings Einwand, er werde die Versammlung weiter tagen lassen, wenn ich den in Betracht kommenden Paragraph nicht nenne, erwiderte ich dem Vorsitzenden, ich hätte keine Verpflichtung, den betr. Paragraph zu nennen; er, der Vorsitzende könne sich beschweren, wenn er meine, daß die Auflösung ungerechtfertigt sei. Der Zeuge meinte, Döring könne nicht geglaubt haben, daß er, der Beamte, mit der Weitertagung einverstanden wäre. Ob Döring gesagt habe, wenn der Paragraph nicht genannt werde, so lasse er auf seine Verantwortung die Versammlung weiter tagen, erklärte der Zeuge nicht gehört zu haben. Seine, des Zeugen Aeußerung habe gelautet: „Ich löse die Versammlung hiermit auf und fordere die Versammelten auf, den Saal zu verlassen". Dies habe er bloß einmal gesagt; wegen Lärmens in der Versammlung sei er nicht wieder zum Wort gekommen. Nach einer Weile habe der Vorsitzende die Versammlung geschlossen. Weil Lärm unter den Versammelten war, habe er sich berechtigt gehalten, die Versammlung aufzulösen, nachdem die Polizeistunde überschritten war. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten Döring schuldig im Sinne der Anklage nach § 111 in Verbindung mit § 110 Str.-G B. und des preußischen Vereinsgesetzes. Der Polizeikommissar sei als Beamter mit der Ueberwachung erwähnter Versammlung beauftragt gewesen. Wegen Lärmens und Ueberschreitung der Polizeistunde habe er die Versammlung aufgelöst. Die Angeklagten seien aber nicht sogleich gegangen, wie es erwähntes Gesetz vorschreibt. In Dörings Aeußerung: „Da er, der Beamte, den Paragraph nicht nennt, lasse ich die Versammlung weiter tagen", liege Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, nämlich zum Ungehorsam gegen eine von der Obrigkeit, der durch den Kommissar vertretenen Polizeibehörde, innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnung. Döring erscheine als Anstifter und sei gleich einem solchen zu bestrafen, da seine damalige Aufforderung nicht ohne Erfolg geblieben. Bei Abmessung der Strafe werde zu gunsten der Angeklagten deren bisherige Unbestraftheit zu berücksichtigen sein und der Umstand, daß sie geglaubt, der Beamte habe es mit der Auflösung und Aufforderung nicht sehr ernst gemeint. Beantragt wurde gegen Döring 30 M., gegen die übrigen Angeklagten je 15 M. Geldstrafe (letzteres der geringste Satz für Uebertretung des preußischen Vereinsgesetzes), im Unvermögensfalle für je 5 M. ein Tag Haft. Vom Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Dr. Slawyk wurde auf die Bestimmung im preußischen Vereinsgesetz verwiesen, wonach bei Auflösung einer Versammlung die Versammelten das Lokal „sofort" verlassen sollen. Dieser Ausdruck könne aber wohl kaum bedeuten, daß mit einem Schlage, im Nu oder wie im Handumdrehen ein gefüllter Saal geräumt werden solle; das Verlassen eines Lokals gehe bei dicht gefülltem Saale eben nicht so schnell, wie es verlangt werde, und da nun nach kurzer Zeit die Versammlung geschlossen worden sei, so könne wohl ein Nichtbefolgen der Aufforderung nicht als vorliegend erachtet werden. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Angeklagten gedacht, Ueberschreitung der Polizeistunde sei kein Grund zur Auflösung, da nichts davon im Gesetz steht. Sollte trotzdem Bestrafung erfolgen, so werde Döring nicht schärfer zu bestrafen sein als die andern Angeklagten. Jene Versammlung sei keine politische, sondern eine gewerkschaftliche gewesen, da sie sich mit Beratung von Lohntarifen befaßt habe. Der zur Auflösung angegebene Grund sei für Döring neu gewesen. Letzterer erklärte noch, erwähnte Versammlung durchaus parlamentarisch geleitet zu haben, so wie er vorher und nachher in gleicher Weise ähnliche Versammlungen geleitet habe, ohne daß behördliches Einschreiten stattgefunden. Ueberschreitung der Polizeistunde sei ihm noch nie als Grund zur Auflösung bekannt gewesen. Döring wurde wegen Vergehens gegen § 111 in Verbindung mit § 110 Str.-G.-B. und wegen Uebertretung des preußischen Vereinsgesetzes zu 20 M., die andern Angeklagten wegen erwähnter Uebertretung zu je 15 M. Geldstrafe oder für je 5 M. zu einem Tage Haft verurteilt. Erwiesen sei, daß der Aufforderung des betr. Beamten nicht Folge geleistet worden war.

Versammlungsbericht.

† **Tischler.** Sonnabend den 11. Juli fand im Neuen Theater eine öffentliche Tischlerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Revisoren über die letzten Lohnbewegungen der Tischler; 2. Neuwahl der Kommissionsmitglieder; 3. Festsetzung des Akkordtarifs; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt wurde noch einmal die Abrechnung verlesen; dieselbe ergab für den Lokalstreikfonds eine Gesamt-Einnahme von 588.04 M., eine Gesamt-Ausgabe von 578.90 M., mithin einen Bestand von 9.14 M. Die Abrechnung des Verbandes ergab an

Einnahme:		
Durch Wochenbeiträge der in Arbeit stehenden Kollegen	543.30	M.
Auf Listen	521.44	„
Von Gewerkschaften:		
Maurer	50.—	„
Zimmmerer (1. und 2. Rate)	50.—	„
Maurer-Arbeitsleute	20.—	„
Metallarbeiter-Verband	10.—	„
Glaser	10.—	„
Lokalverein der Tischler	50.—	„
Müller	5.—	„
Volksblatt	6.60	„
Lokalstreikfonds der Tischler	386.—	„
Verband der Tischler	1100.—	„
Summa	2752.34	M.
Ausgabe:		
Unterstützung an Verheiratete	1711.—	M.
An Ledige	794.60	„
An Abgereiste	90.65	„
An Zugereiste	70.85	„
Diverse Ausgaben	89.66	„
Dazu noch eine Ausgabe	70.40	„
Summa	2827.16	M.
Gesamt-Einnahme	2752.34	„
Gesamt-Ausgabe	2827.16	„
Eine Mehrausgabe von	74.82	M.

Hierzu sei bemerkt, daß die letzte Ausgabe von 70.40 M. sich auf Drucksachen, Annoncen und Plakate bezieht.

Von den Revisoren wurde die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt und beiden Kassierern Decharge erteilt. Darauf wurde das Verhältnis gerügt, welches manche halleschen Kollegen während des Streiks eingenommen haben. Hätten sie die Bewegung mehr im Auge gehabt, so wären sie anders verfahren als es der Fall gewesen ist, sowohl betreffs Zahlens der Beiträge, als auch hinsichtlich des ängstlichen Vorgehens. Wo Unterstützung zu holen war, das haben alle gewußt. Daß aber auch jeder die Pflicht hat, seine Beiträge pünktlich und regelmäßig zu zahlen, das haben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960716-11/fragment/page=0003

leider viele nicht berücksichtigt. Zudem wurden verschiedene Kollegen bekannt gemacht (es waren 8 an der Zahl), welche noch nicht ihre Streik-Marken abgerechnet haben im Werte von 60 Pf. bis 3 M. Es wurde beschlossen, diejenigen, die abgereist und Verbandsmitglieder sind, in der Holzarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen.

Zum 2. Punkt wurde ein Antrag gestellt, anstatt der bisherigen 11gliedrigen Kommission eine aus 5 Mann bestehende zu wählen. Die Mehrzahl der Vorgeschlagenen lehnten das Amt ab, erst nach einer lebhaften Debatte wurden 5 Kollegen bestimmt.

Punkt 3 wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Unter Verschiedenem wurde vorgebracht, daß sich die Kollegen der Frankeschen Werkstatt gerühmt haben, bei dem Abhobeln der Schulbänke pro Tag 10 Mark verdient zu haben. Trotzdem hielten sie es nicht für nötig, ihre Beiträge abzuliefern.

Ferner wurde der Antrag angenommen, diejenigen Werkstätten zu veröffentlichen, die ihre Schuldigkeit nicht thun, wie z. B. Naumann und Schönbrodt und zwar mit der Zahl der zahlenden und nichtzahlenden Kollegen. Weiter ging die Versammlung näher auf die Schönbrodtsche Werkstatt ein, betreffs des Ueberstundenmachens dort wird nämlich außer Montag und Sonnabend 12 Stunden gearbeitet, trotzdem noch Bänkeleer stehen. Damit es nicht so auffällt, fangen die Kollegen schon früh um 5 Uhr an und arbeiten bis 7 Uhr, ohne den 25prozentigen Aufschlag zu bekommen. An wem liegt das? Entweder hält Herr Schönbrodt seinen Handschlag nicht, den er den Kollegen, wie von Kollegen Jänike erzählt wurde, gegeben hat, oder die Kollegen haben die Kourage nicht, den Zuschlag zu verlangen.

Zum Schluß brachte Kollege Reiwandt vor, daß vorige Woche im Mohr (Giebichenstein) eine Gewerkvereinsversammlung stattgefunden hat, in welcher der Harmonieapostel Krüger aus Leipzig gesprochen hat. Dieser hat u. a. behauptet, daß diejenigen, die den Streik hier so wie in Leipzig führten, Streikbrecher geworden seien. Diese Behauptung ist eine unverschämte Lüge und Verleumdung. Darauf erreichte die Versammlung 11¾ Uhr ihr Ende.

Aus dem Reiche.

Breslau. Von den „Edelsten und Besten." Ein Prozeß, der wieder einmal charakteristische Streiflichter wirft auf das Leben und Treiben gewisser Kreise unserer „Edelsten und Besten", spielte sich in diesen Tagen vor dem hiesigen Landgericht ab und endete mit langjährigen Freiheitsstrafen für einen gewissen Teil der Hauptbeteiligten. Drei Tage lang verhandelte das Gericht gegen eine Restaurateurin Hentschel und ihre männlichen und weiblichen Helfershelfer, welche beschuldigt sind, ein raffiniertes Erpressungssystem gegen hohe schlesische Adelige, insbesondere gegen den Grafen Erdmann **von Pückler** auf Rogau angewendet und dabei viele Tausende von Markstücken geerntet zu haben. Die Anklage lautete gegen die einzelnen Beschuldigten, unter denen neben stadtbekannten Kourtisanen ehemalige Offiziere, Beamte und Kaufleute figurierten, auf Betrug, Erpressung, Wechselfälschung, Verleitung zum Meineid, unbefugte Ausübung eines öffentlichen Amtes 2c. Einige dreißig Zeugen, darunter Träger altadeliger Namen, waren zu der Verhandlung geladen. Aus Sittlichkeitsrücksichten wurde für die ganze Dauer der Verhandlungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und diese Maßnahme so streng durchgeführt, daß nicht einmal während der Plaidoyers die Vertreter der Presse Zutritt erlangen konnten, wie das hier sonst wohl üblich. Diese Besorgnis vor der Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit werden einige der vornehmen Zeugen zu schätzen wissen, denn es sind arg kompromittierende Sachen in der Verhandlung zu Tage getreten. Im wesentlichen handelte es sich um den obengenannten Herrn Grafen, einen alten Herrn, der ein sehr intimes Verhältnis mit der Angeklagten Hentschel unterhielt und dadurch einer wohlorganisierten Erpresserbande zum Opfer fiel, die ihm mehr wie 36000 Mk. abnahm, bis die Familie die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch nahm. Eine Hauptrolle in dem Prozeße spielte auch eine in hiesigen Lebemännerkreisen sehr bekannte „Dame", die es verstanden, durch ihre „Liebenswürdigkeit" in den Besitz eines Rittergutes zu gelangen. Das Urteil lautete gegen die Hauptangeklagte Hentschel, die Geliebte des alten Grafen Pückler, auf 8 Jahre Zuchthaus, während die übrigen Angeklagten mit Gefängnisstrafen von 3 Jahren bis zu 1 Monat davonkamen und drei der Beschuldigten ganz freigesprochen wurden. Während die Erpresser ins Zuchthaus resp. Gefängnis wandern, bleiben der Herr Graf und tutti quanti natürlich höchst honette Leute.

Briefkasten der Redaktion

Abonnent. Da giebt es nichts zu berichtigen. Das 35. Reg. ist vielleicht vorübergehend dort gewesen; andere Blätter haben genau dieselbe Angabe gemacht. Wenn übrigens der Betreffende wegen eines Druckfehlers — vorausgesetzt daß einer vorliegt — alles andere als „Quatsch" bezeichnet, so ist er ein kompletter Hanswurst, um dessen Urteil Sie sich nicht zu grämen brauchen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 13. Juli.

Aufgeboten: Der Oberpostassistent Albert Hoffmann und Margarete Hansmann (Liebenwerda und Charlottenstraße 7). Der Fabrikarbeiter Max Reisel und Marie Blaschack (Trödel 11). Der Handarbeiter Robert Knöchel und Marie Bauer (Saalberg 24 und Hirtenstraße 13). Der Bäcker Emil Heyne und Emilie Kersting (Halle und Wettesingen). Der Büffetier Hermann Alert und Martha Schwarz (Halle und Merseburg). Der Büffetier Robert Büttner und Lina Zimmermann (Leipzig und Waldenburg). Der Schlosser Karl Röder und Ida Richter (Forsterstraße 33 und Nietleben).

Geboren: Dem Schneidermeister Kurt Klose eine T., Martha (Charlottenstraße 19) Dem Handarbeiter Heinrich Hansen eine T., Anna Luise Martha (Glauchaerstraße 35). Dem Eisenbahn-Kanzlei-Assistenten Paul Wünscher eine T., Irma Gertrud (Friedrichstraße 26). Dem Lehrer Ferdinand König eine T., Christiane Elisabeth Margarete (Wolfstraße 19). Dem Kaufmann Franz Zinke ein S., Walther Fritz (Wuchererstraße 60). Dem Kaufmann Paul Hofmeister ein S., Karl Wilhelm (Magdeburgerstraße 62). Dem Schlosser Wilhelm Herter eine T., Martha Wally (Schillerstraße 41). Dem Eisenhobler Reinhold Pellmann ein S., Reinhold Otto (5. Vereinsstraße 1). Dem Handarbeiter Karl Geist Zw., Waldemar Hans und Felix Arno (Mühlberg 1). Dem Former Wilhelm Hohmann ein S., Karl Heinrich Otto (Bernhardustraße 20). Dem Töpfer Hermann Rader ein S., Kurt Walther (Jakobstraße 46). Dem Stellmacher Theodor Völlger eine T., Anna Johanne (Wuchererstraße 24). Dem Handarbeiter Wilhelm Langner eine T., Martha Lina (Lindenstraße 51). Dem Handarbeiter Wilhelm Pforte ein S., Karl Wilhelm Walther (Graseweg 10). Dem Handarbeiter Louis Pforte ein S., Otto Hermann (Spitze 10). Dem Bäckermeister Franz Kolbe eine T., Margarete Helene (Albrechtstraße 37). Dem Bäckermeister Wilhelm Beyer ein S., Wilhelm Georg (Rannischestraße 21). Dem Privatmann Wilhelm Packebusch ein S., Karl August Wilhelm (Parkstraße 11). Dem Ober-Telegraphen-Assistent Ferdinand Pfützner ein S., Fritz Ernst Martin (Zwingerstraße 25). Dem Fabrikarbeiter Martin Gummy eine T., Anna Frieda (Jakobstraße 43). Dem Knecht Gottl. Hackemesser ein S., Friedrich (Entbindungs-Institut). Der Arbeiter Leopold Dickert eine T., Marie Selma (Entbindungs-Institut).

Gestorben: Des Maschinenbauer Hermann Clas T. Margarete, 1 M. (Raffineriestraße 4). Die Witwe Anna Theuß geb. Hecht, 83 J. (5. Vereinsstraße 8). Des Handarbeiter Friedrich Hörning Ehefrau Luise geb. Wendt, 31 J. (Diakonissenhaus). Des Handarbeiter August Wild S. Karl, 7 M (Gommergasse 6). Des Buchhalter Max Weickardt S. Johannes, 1 J. (Breitestraße 32). Der Bergmann Wilhelm Teupel, 58 J. (Klinik). Des Dekorationsmaler Johann Heinold S. Johannes, 9 M. (Uhlandstraße 4). Des Schneidermeister Leonhard Freyberg T. Elly, 10 M. (Mittelstraße 5).

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Mannigel** in Halle.

Oeffentliche Volksversammlung
in Eisleben
Sonntag den 19. Juli cr. nachm. 3½ Uhr im Saale der Zentralhalle.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Referent: Genosse H. Pëus aus Dessau.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Große öffentliche Versammlung
für die
Eisen- u. Metallformer sowie Gießerei-Arbeiter
Donnerstag den 16. Juli abends 8½ Uhr im Saale der Moritzburg, Harz.
Tagesordnung: 1. Der Ausstand der Berliner Metallformer infolge der Maifeier, und sind die Kollegen in Halle gewillt, die Arbeiten für gesperrte Firmen zu liefern. Referent: Kollege **Körsten,** Berlin. 2. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Weissenfels.
Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung
Donnerstag den 16. Juli abends 8½ Uhr im Saale der Zentralhalle.
Tagesordnung: Die Verhältnisse in der Lorenzschen Brauerei Diskussion und Verschiedenes. **Das Gewerkschaftskartell.**

Verein der Klempner
von Halle und Umgegend.
Sonnabend den 18. Juli
Wasserfahrt
nach dem „Kaffeegarten" in Trotha.
Sammelpunkt nachmittags 2 Uhr im Barbarossa. Abfahrt 3¾ Uhr von der Peißnitz-Fähre.
Alle Kollegen, Freunde, Genossen und Genossinnen sind hiermit eingeladen.
Der Vorstand.

Soeben erschien:
Aus Leben und Wissenschaft.
Gesammelte Vorträge und Aufsätze.
Von **Dr. A. Dodel,**
ordentlicher Professor an der Universität Zürich.
Komplett in 24 Lieferungen à 20 Pfennige.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung**
Bölbergasse 1.

Soeben erschienen:
Süddeutscher Postillon
Nr. 15. — Preis 10 Pf.
Glühlichter.
Nr. 8. — Preis 10 Pf.
Zu haben in der **Volksbuchhandlung,**
Bölbergasse 1.

Arbeiterbildungsverein
Zeitz.
Donnerstag den 16. Juli, abends punkt ½9 Uhr im **Felsenkeller.**
Vortrag des Herrn Prediger **Wiener**-Leipzig über **Italien, Land u. Leute,** durch 5jährige Anwesenheit kennen gelernt. Parteigenossen sind als Gäste willkommen.

Walhalla-Theater.
Direktion Rich. Hubert.
Donnerstag den 16. Juli
Wieder-Eröffnung.
Elite-Spielplan.
Die **Max Franklin-Truppe,** Bravour-Parterre-Akrobaten. — Die Gesellschaft **Presto,** Pantomimen-Darsteller. — Mr. **Tamin,** Verwandlungs-Equilibrist. — Brothers **Bruno** und **Hermann,** chinesische Exzentriker. — Der Araber **Ben Rajah,** Konzert-Schnellmaler. — Das **Kiß Aradi**-Quartett, ungarische National Gesangs- und Tanz-Gesellschaft. — Fräul. **Elise Saro,** Lieder- und Walzersängerin. — Fräul. **Hella Collier,** Kostüm-Soubrette. — Die Herren **Wuttke, Maege** und **Münch,** sächsisches Komiker-Trio
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr

Donnerstag
Schlachte-Fest.
Robert Graul,
Harz 11.

Bekanntmachung.
Meinen werten Freunden und Bekannten, sowie der verehrlichen Nachbarschaft die ergebenste Mitteilung, daß ich das
Restaurant
Zwingerstr. 32
hier übernommen habe.
Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden Gäste mit nur guten Speisen und Getränken zu bewirten. ff. Lager-Bier aus Günthers Brauerei.
Auch stelle ein schönes 25 bis 45 Personen fassendes Vereinszimmer zur Verfügung.
Hochachtungsvoll
R. Künstler.

Vino Italiano!
ital. Wein-, Bier- und Frühstücksstuben
von
Angelo Rosasco,
gr. Brauhausstr. 29.

Schippe, Hacke, Spaten zu verkaufen. Fleischerstr. 14, Hof 1 Tr. rechts.

Weissenfels. Weissenfels.
Große und billige Auswahl bietet
Paul Arlt's Witwe, Jüdenstr. 45.
in Hüten und Mützen.
Bei Bedarf bitte um gütigen Zuspruch.

Die Schuhwaren-Reparaturwerkstatt
liefert Herrensohlen u Absätze zu 1.50 M, Damensohlen u. Absätze 1.25 M, Kinder bedeutend billiger, aus nur gutem Treibriemenleder. **Mansfelderstr. 11.**

Um damit zu räumen, verkaufe ich sämtliche
Farben 20 % billiger.
H. A. Scheidelwitz Nachf.,
Siegfried Weiss,
Geiststraße 64, Ecke Neumarktstr.

Mein **Sarg-Magazin** befindet sich
Annenstraße 2.
W. Flade,
Tischlermeister.

Empfehle heute Donnerstag
frische Blut- und Leberwurst, Trüffelleberwurst, Sardellenleberwurst, Zwiebelleberwurst, sowie **frischen Salzbraten.**
H. Altrock, Zeitz, Rahnestr. 17.

Den besten und billigsten Einkauf von
Farben, trocken und streichfertig zu gewerblichem und privatem Gebrauch empfehlen wir in der **Markt-Droguerie,** Schmeerstraße 1, bewirken zu wollen!

Möbelfabrik und Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Neue Kartoffeln.
Täglich frische Zufuhr von nur gutkoch. bestabprobierter Ware in billigster Preisstellung.
S. Herdan,
Giebichenstein, Eichendorffstr. 9.
Eingang auch gr. Brunnenstr. 19.
NB. Gebe noch einen Posten **Futterkartoffeln** ab.

Kartoffeln!
prima **neue Speisekartoffeln** sowie noch sehr schöne **alte** 5 Ltr. **20** ₰ bei
Karl Schmidt,
Giebichenstein,
gr. Brunnenstraße 18.

Heute Donnerstag **Schlachtefest.**
A. Dietzschold, Zeitz, Neuestr. 11.

Sauerkohl! Sauerkohl!
hochfeine Ware, verkaufe soweit Vorrat reicht Pfd. **5** ₰.
L. Wentzke,
gr. Steinstraße 41.

Geröst. Malzkorn 15 ₰,
Malzweizen, Malzgerste
1 Pfd. **16** ₰ bei **10 Pfd.** à **13** ₰,
Hallesches Kaffee-Versand-Geschäft
Otto Bornschein,
Brüderstr. 3 nahe am Markt.

3 gebr. Kinderwagen billig zu verkaufen. Ludwigstraße 28 I.

Gesucht
wird ein im **Buchhandel tüchtiger Parteigenosse,** welcher mit der Buchführung vertraut ist.
Adressen mit Gehalts-Ansprüchen sind bis spätestens den 20. ds. Mts. unter **V. B. H. 50** in der Exp. d. Zeitung niederzulegen.

Rasieren 5 ₰, Haarschneiden 15 ₰,
A. Zöhler, Zapfenstraße 2.

Ges. 2 Zigarren-Arbeiter n. Bitterfeld Lohn 8 M pr. T. Rößler, Dess.-Str. 1.

Robert Katsch, Albrechtstr. 23.
Magazin selbstgef. Waschgefässe.

Ein Wohnhaus z. kaufen g. i. Giebichenstein o. Halle. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Wohnung m. Werkstatt zu vermieten. Giebichenstein, gr. Breitenstr. 2.

Mitbewohner zu einer möbl. Stube gesucht. Streiberstr. 20 III r.

St., K. K. für 48 Thlr. zu vermieten. Langestraße 29, II Tr.

Das. gut erh. Nähm. billig zu verk.

A. Schlafst off. M. Spies, Bahnhofstr. 23.

Anst. Schlafstelle Martinstr. 22, II r.

Ein paar Hühner zugelaufen. Abzuholen Markt 14, Walther.

Unserm Freund August **Dölle** die herzlichsten Glückwünsche zu seinem heutigen Wiegenfeste.
Seine Freunde **B. St.**

Meinem Freund
Moritz Schmidt
in Vorau
zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche. **H. B.**

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß heute früh 2 Uhr unser liebes **Hänschen** im Alter von 1½ Jahren an Krämpfen gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonnabend 4 Uhr vom Trauerhause, Friedrichstr. 35, statt.
Paul Reichert u. Frau, geb. Lorbeer.

Außerordentlich billige Offerte.
Bessere Herrenanzüge 9.50, 13, 16 M., **Knabenanzüge** 1.50, 2.15, 3.50 M., **schwere Arbeitshosen** 1.50 M., **schwere gefüllte Betten** 5 M., **Bettinlets** Meter 27 Pf, **prima rot Inlet** Meter 36 Pf., **Sommerloden** Meter 72 Pf., **schwarze Herren- und Damenschirme** 1.20 M., **Herrenkravatten** 8 Pf., **Betttücher** 95 Pf., gr. Partie **Broschen** und **Armbänder** spottbillig, **Broschen** von 3 Pf. an, **Küchen- u. Wirtschaftseinrichtungen** spottbillig. **Damen- u. Mädchen-Jacketts,** den Rest **Schuhwaren, Bettfedern u. Korsetts** verkaufe vollständig zu jedem annehmbaren Preise aus.
Max Elkan
Geiststraße 21.

Verlag und für die Inserate verantwortlich August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschaftsbuchdruckerei (e. G. m. beschr. Haftpfl.) zu Halle a. S. Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960716-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 163 — Halle a. S., Donnerstag den 16. Juli 1896. — 7. Jahrg.

Eine neue Aera in Rußland.

Der sich mächtig entfesselnde Pomp der Zarenkrönung mit seinem schimmernden Glanz von Gold, Brillanten, elektrischen Mondstrahlen und Buntgläsern, mit seinem Geklirr und Getöse von Waffen, Pferden, Reitern, dieses Prunkaufgebot des Absolutismus, das die Augen der ganzen Welt auf sich gelenkt und den Abhub wie den Niedersatz Europas und Asiens: Staatsmänner und Huren, Industriebarone, Finanzkönige, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler und Schwindler, Diplomaten und Zuhälter, bürgerliche Journalisten und Cirkusdamen, Jongleure und Equilibristen, das gesamte singende, tanzende, schauspielernde und spielende Virtuosentum Europas, die dressierten Ferkel und boxenden Känguruhs — kurz, die Spitzen des Besitzes, der Aristokratie und der Kultur, die große, halbe und die Nachtwelt nach Moskau gelockt hatte, diese aufsteigende Reihe einander an Reichtum und Pracht überbietender Aufzüge und Festivitäten erfuhr eine jähe Unterbrechung durch die Katastrophe auf dem Chodinsky-Feld. Die Jubelrufe der Millionen und die heiteren Klänge des „Gott schütze den Zaren" schlugen plötzlich um in das heisere Todesröcheln der Erstickten und Zerstampften auf dem Marterfeld an der Moskau. Und nun wieder wie mit einem Ruck verändert sich die Szenerie. An Stelle des altrussischen Moskau erhebt sich das neurussische Petersburg. Die Wogen der patriotischen Begeisterung, die so hoch aufschlugen und dem erstaunten Europa das Zarentum so fest begründet erscheinen ließen, sind verschwunden. Der großmächtige Zar nebst dem ganzen goldbetreßten Geschmeiß sind wie weggewischt. Wo ist der Zar? Soeben der Konzentrationspunkt der Oeffentlichkeit, denkt niemand mehr an ihn. Er zittert und hat sich kaum nach Petersburg hineingewagt. Und den breiten Vordergrund der politischen Bühne nehmen die Petersburger Fabrikarbeiter ein, die in Tausenden und Abertausenden zusammenhalten und dadurch ein glänzendes Zeugnis ablegen der Solidarität und der Organisation. Diese ruhige Demonstration geht majestätisch über den Prunk und Pomp der Zarenkrönung zur Tagesordnung über, läßt weit hinter sich in dem finsteren Hintergrunde die Opfer des Chodinsky-Feldes und stellt sich hin unter der Anerkennung der Welt als das wichtigste politische Ereignis der letzten Tage.

Wie kam das? Was ist der Sinn dieses doppelten Wechsels?

Die Regierung Alexanders III. war eine Regierung der Angst und folglich des Schreckens. Weil man Angst hatte, war man grausam, und weil man grausam war, hatte man Angst. Alexander III. persönlich stand die ganze Zeit seiner Regierung unter dem Eindruck des 1. (13.) März 1881. Die heldenmütige Narodnaja Wolja hat nicht nur einen Zaren gestürzt, sie hielt seinen Nachfolger, so lange er lebte, in ihrem Banne. Aber der Erfolg war gerade entgegengesetzt demjenigen, welchen die Narodnaja Wolja erwartete. Sie wollte den Zaren zur Nachgiebigkeit gegenüber der Oeffentlichkeit zwingen und sie hat ihn zur Isolierung von der Oeffentlichkeit veranlaßt. Sie bewirkte die Abschließung der Person des Zaren, wie es die Kaiser von China längst praktizierten. Das ist der Weg nicht zum europäischen Konstitutionalismus, sondern zum asiatischen Despotismus. Doch wenn dies auch nach dem Geschmack Alexanders des Tölpelhaften war, so fehlten dazu die gesellschaftlichen Vorbedingungen.

Die Politik dieses Zaren war, kurz gefaßt, die, alle liberalen Reformen, die den Namen seines Vaters trugen, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Es gelang ihm auch, auf allen Gebieten des Rechts und der Oeffentlichkeit die schwärzeste Reaktion durchzusetzen, — nicht aber gelang es ihm, die ökonomische Entwicklung hintanzuhalten.

Die schnelle industrielle Entwickelung Rußlands in den 60er Jahren wurde gehemmt durch die europäische Krise der 70er Jahre und durch die amerikanische Getreide-Konkurrenz. Der russisch-türkische Krieg, der nachträglich eine handelspolitische Bedeutung erlangt hat, verschärfte noch die Wirkungen der wirtschaftlichen Depression. Dem entsprach ein Zustand der politischen Gährung und eines schwankenden Gleichgewichts der kämpfenden Parteien, von denen die Kapitalistenklasse und das Proletariat erst ihren Bildungsprozeß durchmachten.

Dies gab auch die Signatur ab für die Regierungszeit Alexanders III. Dem Adel als Stand war die ökonomische Grundlage entzogen durch die Abschaffung der Leibeigenschaft. Der Adel als kapitalistische Grundbesitzerklasse litt unter dem Druck des Getreidemarkts und des Weltmarkts überhaupt. Es blieben also vom russischen Adel nur dessen Privilegien, dessen noch viel größere politische Ansprüche, dessen unverschämte Bettelei und Stellenjägerei. Alexander III. versuchte, sich auf den Adel zu stützen, bezahlte dies mit einigen hundert Millionen Rubel und erweckte dadurch nur noch einen desto größeren Appetit. Sich auf den Bauern stützen — diese kuriose Idee des Zaren fand ihren Ausdruck in den Pumphosen der neuen Militäruniform, im übrigen wuchsen ja die Steuern nach wie vor auf dem Rücken des Muschiks. Die Bourgeoisie aber war vor allem als Klasse noch zu wenig entwickelt, um der Regierung zu imponieren. Alexander II. und Alexander III. hatten auch eine traditionelle Abneigung gegen diese Emporkömmlinge des Krämerladens, der Schänke und des Wuchers, die zum großen Teil direkt von den früheren Leibeigenen abstammten. In Rußland, wie überall, hat die aufkommende Kapitalistenklasse einen harten Kampf gegen den Standesdünkel der Herrschenden von gestern zu führen.

Es gab keine Klasse, auf die sich der Absolutismus stützen konnte, aber es gab deshalb auch keine Klasse, die den Absolutismus stürzen konnte. Das ganze politische Leben schien in dem Zweikampf zwischen dem Zaren und der kühnen revolutionären Schar zusammengefaßt zu sein. Und als die Narodnaja Wolja durch die Kraftanstrengung vom 1. März sich selbst zu Grabe gebracht hat und als es dem Zaren gelang, sein Leben einigermaßen sicherzustellen, so konnte die Reaktion sich frei entfalten.

Aber der wirtschaftliche Niedergang mußte endlich zur Lösung kommen, und er kam zur Lösung in der Hungersnot. Es ist bereits längst offiziell anerkannt, daß die große Hungersnot keine zufällige Erscheinung, sondern der Abschluß eines lange anhaltenden Zerstörungs- und Zersetzungsprozesses war. Und vor dieser Erscheinung erlitt auch das ganze politische System Alexanders III. Schiffbruch. Die zarische Bureaukratie stand vollkommen ratlos und machtlos dieser Katastrophe gegenüber. So sah man sich genötigt, der freien Bethätigung der Oeffentlichkeit wenigstens keine Hindernisse in den Weg zu setzen. Man gewährte der Presse, den Semstwos freien Lauf, ja man mußte es geduldig gehen lassen, daß die so viel gehaßte Intelligenz, meistens Leute, die wegen politischer Vergehen Gefängnisstrafen und sibirische Verbannung hinter sich hatten, sich der Leitung des Unterstützungswesens bemächtigte.

Das Land total ausgesaugt, administrativ verwahrlost, finanziell ruiniert, ohne sichere Staatseinnahmen, bei stehendem Defizit, erschöpftem Kredit, das politische System moralisch aufs höchste bloßgestellt — so hinterließ Alexander III. das Reich seinem Sohne.

Die Hungersnot hatte aber noch eine andere Bedeutung. Sie hat es mit einem Schlage aufgedeckt, daß das Rußland der bäuerlichen Gemeindewirtschaft nicht mehr existiert. Sie zeigte das russische Gemeindebauerntum total zersetzt, zerwühlt, ruiniert, in Klassen geschieden, mit einem Ballast von Millionen Besitzloser belastet. Und die Hungersnot selbst gab dem allen den Rest. War deshalb früher die Entwickelung der Industrie unabwendbar, so wurde sie jetzt zur ökonomischen Lebensnotwendigkeit für das Land.

Die Industrie hat sich, langsam zwar, aber immerhin entwickelt und im Ausgange der 70er Jahre machte sie rasche Fortschritte. Die kapitalistische Bourgeoisie hat auch ihr Aussehen geändert. Die Zahl der Industriellen und modernen Kaufleute in ihren Reihen hat sich vermehrt. Aber auch der geweze Kneipwirt, der zuerst einfach frech war, hat sich jetzt an Lebensart gewöhnt und tritt nun mit Selbstbewußtsein und Würde auf. Schließlich fand eine Vermengung der Bourgeoisie mit zahlreichen Elementen vom Adel statt.

Schon in den letzten Regierungsjahren Alexanders III. spielten die Interessen der Industrie eine bedeutende Rolle in der Regierungspolitik. Ausschlaggebend war dieser Umstand: es hat sich gezeigt, daß die dynastischen Eroberungspläne des Zaren vollständig harmonieren mit den Interessen der russischen Industrie. Dies trug bereits in Mittel-Asien schöne Früchte, gewann aber plötzlich eine ungeahnte Tragweite durch den chinesisch-japanischen Krieg. Das Zarentum erlangte wieder — dank besonders der unfähigen Politik Deutschlands — seine herrschende Stellung in der internationalen Politik, und unterdes kam es in einer Weise, die wir nicht näher zu erörtern brauchen, zum industriellen Aufschwung, der 1895 zu seinem Ausgangspunkt hat.

Unter diesen Auspizien betrat Nikolai II. den Thron. Geboren und erzogen in der neuen Welt, sah er nicht mehr mit den eigenen Augen den Glanz des Adels und die knechtische Unterwürfigkeit des Kaufmanns der Zeit der Leibeigenschaft, wohl aber den Ruin und die Verwahrlosung des Adels und die Energie und Macht der aufkommenden Bourgeoisie. Gegen diese kann er nicht mehr in vollem Maße die traditionelle Abneigung seines Vaters und Großvaters teilen. Und es bleibt ihm auch keine Wahl. Man erwartete, daß Nikolai II. als liberaler Kaiser beginnen würde. Das that er nicht. Wohl aber betrat er den Thron als Kaiser der Bourgeoisie.

Aber wo die Kapitalistenklasse, da ist auch das Proletariat. Es folgt unmittelbar hinterher als geschichtliche Nemesis. Und so erschien denn auch die russische Arbeiterklasse prompt auf der politischen Schaubühne. Dies ist der Sinn des Petersburger Streiks.

Aber wie war es denn möglich? Ja, Streiks sind doch nicht erst eine Erfindung der Theoretiker. Die russischen Arbeiter werden elendiglich ausgebeutet, und so mußte es zu Streiks kommen. Streiks sind auch in Rußland durchaus nicht unbekannt. Daß es aber ein so großer Streik ist, liegt vor allem daran, daß große Massen beisammen sind. Das ist die Grundlage des ganzen. Nun aber kommt noch anderes hinzu.

Nicht einmal der russischen Reaktion gelang es — und das mögen sich die Regierungen anderer Länder zur Lehre nehmen —, die Verbreitung der politischen Erkenntnis gänzlich zu hindern. Die politische Presse entwickelte sich trotz aller Hindernisse. Sie schuf sich vor allem einen weiten Leserkreis. Sie drang auf diese Weise auch zu den Arbeitern. Dies führte dazu, daß die Verleger reich wurden. Und das hatte zur weiteren Folge den Konkurrenzkampf großer Zeitungen, der ja vor allem darauf hingeht, möglichst prompte und ausführliche Nachrichten zu liefern. Da nun das russische öffentliche Leben so trostlos öde ist, so nehmen an dieser Berichterstattung einen für die Westeuropäer unbegreiflich großen Anteil die Mitteilungen über das proletarische Leben des Auslandes. Die parlamentarischen Verhandlungen werden ausführlich mitgeteilt und über die Arbeiterbewegung, ganz besonders die deutsche, wird eingehend berichtet. Diese Dinge sind unausrottbar, weil daran das Profitinteresse der kapitalistischen Verleger hängt. Will man wissen, wer die Petersburger Arbeiter organisiert hat, — so kann man darauf in gewissem Sinne antworten: die deutsche Sozialdemokratie.

Es gab und giebt aber auch eine direkte Agitationsthätigkeit unter den russischen Arbeitern: geheime Organisationen, mündliche und schriftliche Propaganda. Bahnbrechend in dieser Beziehung war das Vorgehen der früheren Gruppe, jetzt des Bundes für die Befreiung der Arbeiterklasse, in dessen Namen ja auch in diesem Streik vielfache Proklamationen erlassen wurden. Plechanoff und Axelrod, die Gründer der Gruppe resp. des Bundes, wirken seit anderthalb Dezennien in der mannigfaltigsten Weise für die Einführung einer klassenbewußten Arbeiterpolitik in Rußland.

So war der ökonomische und politische Boden vorbereitet. Und da, dank dem großen Aufschwung von 1895, die industrielle Situation für einen Streik günstig war, die Krönung, bei der die Arbeiter durch ihr Hungern den Patriotismus bezeugen sollten, eine sehr willkommene Veranlassung gab, so kam es zu dieser großartigen Manifestation, durch die sich das russische Proletariat in die politische Geschichte einführt.

Es ist, als ob die Geschichte es sich zum Spiel machte, durch ein dreifaches Symbol den Beginn einer neuen Aera in der gesellschaftlichen Entwickelung Rußlands kundzugeben. Da ist die Kaiserkrönung, mit allen Prachtmitteln der modernen Technik ins Werk gesetzt, deren Feierlichkeit nichts ist als ein Prunkstück für den schaulustigen kapitalistischen Pöbel der Welt. Im Hintergrund heben sich die finsteren Massen des Chodinskyfeldes ab, die in ihrem eigenen Odem ersticken — das Sinnbild des untergehenden Rußlands. Und in den lichten Vordergrund treten in geschlossenen Reihen die Fabrikarbeiter Petersburgs.

Die kommende Entwickelung Rußlands steht im Zeichen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie!

Soziale Uebersicht.

— **Folgen der kapitalistischen Ausbeutung.** Das grauenhafte Eisenbahnunglück in der Station Göfting bei Graz, bei welchem ein Fiaker mit acht Personen überfahren und fünf davon vollständig in Stücke gerissen wurden, entstand, weil der Bahnübergang nicht gesperrt war. Die Verantwortung für den Unfall trifft die Südbahn. Der Wächter, der an dem Unglück die Schuld trägt, hatte — man höre — stets **23 Stunden ununterbrochen Dienst**, dann 7 Stunden frei. In den letzten Tagen war die Frau des Wächters sterbenskrank, der Arme hatte seine ganze freie Zeit bei ihr verbracht und drei Tage bei ihr gewacht. Am Tage des Unglücks war sie ins Spital transportiert worden und deshalb war der Aermste verschlafen. Der Bedauernswerte wurde sofort seines Dienstes enthoben und wird nun, weil er nicht Unmenschliches leistete, ins Gefängnis wandern. Die schäbige Südbahngesellschaft jedoch, welche ihn zu dem übermenschlichen Dienst zwang, wird straffrei ausgehen. So will es die heutige „göttliche" Weltordnung.

— **Eine eigenartige Arbeitsniederlegung** hat dieser Tage in dem Direktor A. Kriegerschen Knabeninstitut in Kötzschenbroda bei Dresden stattgefunden. Seit letzten Montag „streiken" dort die theologisch gebildeten Lehrer und die Schüler haben unfreiwillige Ferien erhalten. In einer von einem der Lehrer verfaßten und dem Besitzer der Anstalt, A. Krieger, eingehändigten Broschüre wurden schlechte Behandlung, geringe Gehaltszahlung, mangelhafte Beköstigung und schlechte Wohnungsverhältnisse gerügt. Vom Ministerium ist bereits die Ortsschulinspektion zur Untersuchung der Angelegenheit beordert worden.

— **Arm und Reich in Preußen.** Von den 30 Millionen Preußen haben 21 Millionen ein jährliches Einkommen von weniger als **900** M. 1591 Personen dagegen beziehen ein Jahreseinkommen von mehr als **100 000** Mark. In Berlin allein sitzen 446 solcher Bevorzugten; in der Provinz Brandenburg 94, in Schlesien 150, in der Provinz Sachsen 128, in Hannover 44, in Westfalen 81, in Hessen-Nassau 179, in den Rheinlanden 386. — Diese Begüterten haben verdammt ungleich „geteilt".

— **Kaufmännische Schiedsgerichte.** Die Bedürfnisfrage nach Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte ist von der überwiegenden Mehrheit der rheinischen Handelskammern verneint worden. Auch die Barmer Handelskammer, obwohl sie sich nicht direkt ablehnend äußerte, bestritt doch das Vorhandensein eines Bedürfnisses. Abweichend hiervon hat jetzt die Kölner Handelskammer der Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten grundsätzlich zugestimmt, und zwar einstimmig. Als wünschenswert wurde bezeichnet, die Gerichte selbständig zu organisieren; eine Anlehnung an die Gewerbegerichte sei erst in zweiter Linie zu wünschen.

— **Selbstmorde in Deutschland.** Eine Statistik der Selbstmorde in Deutschland im letzten Jahrzehnt hat Prof. G. v. Mayr im Allgemeinen statistischen Archive zusammengestellt. Da nicht alle Staaten regelmäßig darüber Mitteilungen veröffentlichen, so ist hier erst das vollständige Material für das ganze Reich geboten. Das Jahr 1888 hatte danach die geringste relative und absolute Zahl aufzuweisen; die Gesamtzahl der Selbstmörder belief sich auf 9400; davon waren 1967 weibliche Personen. Im Jahre 1885 betrug die Zahl der Selbstmorde 10 191, im Jahre 1894: 11 126. In beiden Jahren 1885 und 1894 kamen auf 100 000 Personen 22 Selbstmörder. Auch das Verhältnis der Selbstmörder weiblichen zu denen männlichen Geschlechts ist mit einigen Schwankungen dasselbe geblieben. Auf 100 männliche kamen 25 weibliche; diese Zahl stieg auf nahezu 28 im Jahre 1890. — Wie viel Elend kommt in dieser ungeheuer großen Zahl von Selbstmördern zum Ausdruck!

Parteinachrichten.

— Ueber die Sozialdemokratie in Serbien wird der Wiener Arbeiter-Zeitung aus Belgrad geschrieben: „So sehr auch Serbien immer mehr und mehr in die Periode eintritt, der der Kapitalismus das Gepräge aufdrückt, kann unsere Partei hier doch nur sehr schwer Fuß fassen. Da sind vor allem die Radikalen, die viele Schlagworte der Sozialdemokratie entlehnt haben und damit namentlich unter den ländlichen Arbeitern freiben gehen, was sie nicht hindert, alle Bestrebungen unserer Partei zu bekämpfen. Das Hauptthindernis für unsere Agitation aber ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189607 16-11/fragment/page=0005

natürlich die organisierte Staatsgewalt in Form der Polizei. Sie duldet weder Versammlungen noch Vorträge, so daß wir geradezu auf die geheime Agitation angewiesen sind. Alle unsere Flugschriften und Broschüren sind verboten, und selbst das Erscheinen unseres Parteiorgans ist suspendiert. Der verantwortliche Redakteur ist im Gefängnis, und nach unserem famosen Gesetze darf ein Blatt so lange nicht erscheinen, als der verantwortliche Redakteur oder der Eigentümer eingesperrt ist. Bei uns sind beide im Gefängnis. Die Gerichte machen aber keine Anklage gegen den Eigentümer, damit die Gerichtsferien nicht verkürzt werden. Der hiesige Arbeiterverein wurde direkt vom Minister für Volkswirtschaft verboten. Warum, das wissen wir und wohl er auch nicht. — Genosse Pelagits ist wegen seiner Broschüre „Wer ist Verbrecher und Rebell?“ zu **26 Monaten Gefängnis** verurteilt worden. In der Broschüre wird dem arbeitenden Volk empfohlen, den 1. Mai gleich dem Proletariat der ganzen Welt zu feiern.“

Stadtverordneten-Sitzung

vom 13. Juli.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher **Dittenberger.**

Eingegangen ist eine Petition des Herrn Semmler, Eigentümer des Grundstücks Schlamm Nr. 1, welcher sich über die häßlichen Zustände beschwert, die durch das Zusammenziehen der Prostituierten dort sich entwickelt haben. Petent ersucht um Abstellung derselben. Die Petition wird der Petitions-Kommission überwiesen.

Der **Vorsitzende** teilt sodann mit, daß am 3. August behufs Einführung des neuen Stadtsyndikus Weller eine außerordentliche Sitzung stattfinden muß. — Am nächsten Montag (20. Juli) findet die letzte Sitzung vor den Ferien statt, welche bis zur Mitte des September dauern sollen.

Vor Eintritt in die Verhandlungen teilt der **Vorsitzende** fernerhin mit, daß, obschon die Hauptvorlage über die Erwerbung der Moritzburg nicht auf der Tagesordnung stehe, über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: „Erhebung von Beiträgen zu dem Straßenbau durch den Moritzburggraben“ und „Petition der kommunalen Vereine, die Erwerbung der Moritzburg“, dennoch verhandelt werden könne. Seitens der Finanz-Kommission sei ihm die Mitteilung geworden, daß nach der Besichtigung der Burg ein bestimmter Gesichtspunkt zu Tage getreten sei, der dieser Kommission Anlaß zu neuen Erwägungen gegeben habe. Der Referent der F.-K. tritt für die Beratung der beiden Punkte ein, da er bereits in der nächsten Sitzung über die neuen Verhandlungen der Kommission werde berichten können. — Stadtv. **Friedrich** hatte den Antrag gestellt, die Beratung bis nach den Ferien zu vertagen. Hierfür treten ein: der Ref. der B. K. Stadtv. **Königer,** der Bürgermeister **von Holly** und der Vorsitzende der F. K. Stadtv. **Bethcke.** Stadtv. **Heiser** will Vertagung bis zum 1. April 1897. Gegen die Ausführungen des Ref. Stadtv. **Herzfeld** wird der Antrag Friedrich angenommen.

Die Tagesordnung umfaßt 12 Punkte, von denen nur 1 — die Stadttheater-Verpachtung betreffend — der geschlossenen Sitzung zugeschrieben ist. Von den 11 Punkten der öffentlichen Sitzung fallen außer den Punkten 1 und 2 noch 7, 8 und 9 aus, nachdem über Punkt 7 vom Ref. der B. K. Stadtv. **Schmidt** Vortrag gehalten worden war. Die Punkte 8 und 9 betrafen ebenso wie 7 Fluchtlinien-Festsetzungen. Es wurden daher in der öffentlichen Sitzung nur 6 Punkte der Tagesordnung erledigt. Außerhalb derselben kamen noch 2 Sondervorlagen zur Verhandlung, betreffend die „Beschickung des Kongresses der Vereine für öffentliche Armenpflege“ und „Genehmigung eines Neubaues an Stelle des Häuserblocks zwischen der Scharrenstraße und alten Promenade.“ Letztere Sache wurde vertagt, nachdem der Referent Vortrag gehalten. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen ½7 Uhr.

Punkt 3: Die **Gewährung von Funktionszulagen an Lehrer,** welche die Prüfung für Mittelschulen bestanden haben, wird wie folgt geregelt: Die Lehrer, welche die Prüfung im Laufe des Sommerhalbjahres bestanden haben, erhalten die Funktionszulage von 450 M. von dem darauf folgenden 1. Oktober ab; diejenigen, welche die Prüfung im Winterhalbjahre ablegten, vom nachfolgenden 1. April ab. Um den beiden Lehrern Krull und Bachrodt diese Funktionszulage von je 450 M. noch zum 1. Oktober auszahlen zu können, werden dem Antrage gemäß auf Kapitel XIX, 7 300 M. nachbewilligt. Ref. Stadtv. **Hüllmann.**

Punkt 4: Die **Verbreiterung von Straßenteilen in der Glauchaerstraße und Deyboldsgasse** und die einstweilige Regulierung und Pflasterung derselben mit alten Reihensteinen wird genehmigt. Eine Neupflasterung soll erst gelegentlich der Geleislegung bei Weiterführung der elektrischen Straßenbahn erfolgen. Die Wegschaffung der alten Lehmmauer vor dem Grundstück Glauchauerstraße 21/22, die nach Aufführung der neuen Mauer zum Schlupfwinkel dient, soll möglichst kostenlos erfolgen. Die Mittel zur Ausführung der provisorischen Pflasterung im Betrage von 1400 M. sollen dem Dispositionsfonds entnommen werden. Ref. Stadtv. **Schmidt.**

Punkt 5: Die **Ermäßigung der Kanal-Anschlußgebühren** für das Grundstück Spitze 9, dem Böttchermeister Grzeszkowiak gehörig, auf 6 Mark für das laufende Meter Frontlänge wird unter der Bedingung genehmigt, daß, wenn künftig eine Kellerentwässerung nach dem Straßenkanal ermöglicht werden sollte, Gr. die vorläufig gestundeten 3 M. pro laufenden Meter nachzahlen müsse. Ref. Stadtv. **Hildebrandt.**

Punkt 6: Für den **Ausbau der Straßen am Riebeckstift** und an der Provinzial-Blinden- und Taubstummen-Anstalt werden à conto der Stadt 3300 M. bewilligt. Vom Riebeckstift sind 60 500 M. und von der anderen Anstalt 14 800 M. zu tragen. Die Bürgersteige der diese Institute umgebenden Straßen sollen mit 5 Zentimeter starken Zementplatten belegt werden. Referent Stadtv. **Hildebrandt.**

Punkt 7: Ueber die **Festsetzung von Baufluchtlinien** für noch nicht regulierte Teile der Glauchaerstraße berichtet Stadtv. **Schmidt** als Referent der Bau Kommission. Es handelt sich um Verbreiterung dieser Straße bis zum ehemaligen Siechenhausgrundstück, um Raum für den unbehinderten Verkehr der dort anzulegenden Stadtbahnverbindung zu schaffen. Zu dem Zwecke wird die künftige Erwerbung einer größeren Anzahl Grundstückteile notwendig. Die B.-K. hat nun von den seitens des Magistrats beantragten Straßenbreiten von von 14 resp. 12 Meter größerenteils Abstriche von 1 resp. ½ Meter gemacht. Sie erachtete z. B., um den Haupteingang zur Glauchaerkirche günstiger zu gestalten 11½ statt 12 Straßenbreite bei der Einmündung des „Steges“ für genügend. Sodann würde gegenüber dem Andreasgottesacker ein kleines Grundstück durch die von dem Logerhaus der Zuckerraffinerie ab geplante Straßenverbreiterung auf vierzehn Meter nicht mehr bebauungsfähig und müßte von der Stadt angekauft werden Deshalb beantragte die Kommission gleichfalls die Verschmälerung der Straße um 1 Meter von 14 auf 13 Meter. (Der Baukommission scheint es zweckmäßiger zu sein, anstatt jetzt die noch billigen Grundstückteile in größerem Umfange zu erwerben, später, wenn der Verkehr und damit die Grundstückswerte gestiegen sind, dieselben Teile für den 3—4fachen Preis gegen heute notgedrungen ankaufen zu müssen. Man will doch aus den trüben Erfahrungen an der Ulrichstraße absolut nichts lernen. Es muß alles erst bis über die Hutschnur verteuert sein, dann erst entschließt man sich zum Ankauf! D. R.) — Stadtv. **Apelt** beantragt Vertagung. Stadtv. **Pfaul** bezeichnet es als eine große Zumutung seitens der Kommission, zu verlangen, daß eine so bedeutsame und umfangreiche Vorlage, zu deren Erledigung so lange Zeit gewesen, nun urplötzlich bewilligt werden soll. — Stadtv. **Nesse** verlangt eine neue Vorlage mit genauen Ausführungen gedruckt auf den Tisch (nicht bloß einen mündlichen Vortrag). Der Vertagungsantrag wird angenommen. Infolgedessen fallen auch die Punkte 8 und 9 aus.

Punkt 10: Die **Entlastung der Rechnung der Desinfektions-Anstaltskasse** pro 1893/94, welche mit 13 418.27 Mark balanciert, wird ausgesprochen, obschon der Referent der Finanz-Kommission, Stadtv. **Sachs** mehrfache Mißbilligungen über die Kontrolle der Lieferungen u. s. w. ausspricht. Auch die verspätete Rechnungslegung, die an sich eine sehr einfache sei, wurde gerügt. Bürgermeister **v. Holly** gab zu, daß die Rechnung in der Kalkulatur liegen geblieben sei, die langsam arbeite. Dort müssen die Verhältnisse gebessert werden.

Punkt 11: Ueber im **2. Quartal 1896 anhängig gewordene Prozesse** berichtet Stadtv. **Schütte.** Seitens der Stadt ist nur ein Prozeß und zwar gegen den Abfuhrunternehmer Möller erhoben. — Gegen die Stadt sind zwei Klagen eingeleitet. Die letzte Ende Juni vom Ratskellerwirt Wallrabenstein beim Landgericht wegen zu viel bezahlten elektrischen Lichts.

Zwei Sondervorlagen kommen zur Verhandlung:

1. **Entsendung von Delegierten zum Kongreß der Vereine für Armenpflege.** Es ist an die Versammlung die Einladung zur Teilnahme an dem am 24. und 25. September in Straßburg im Elsaß stattfindenden Kongreß ergangen. Der **Vorsitzende** empfiehlt, den Stadtv. Demuth zu delegieren. Stadtv. **Berghaus** hält die Delegierung nach dem Elsaß für unnütz, zumal bisher nie ein Referat über solche Kongreßteilnahme gehört worden sei. Stadtv. **Welsch** erachtet dafür, daß hier am Orte Gelegenheit genug geboten sei zu Prüfungen von Armutsverhältnissen. — Stadtv. **Henze** beantragt Ablehnung der Vorlage. — Stadtv. **Bethcke** erklärt sich für die Delegierung, da gerade im Elsaß die weitestgehenden Organisationen in dieser Richtung vorhanden sind. — Stadtv. **Demuth** erachtet die Ausgabe für die Delegation als eine sehr notwendige und ersprießliche, wenn auch von seiner Person abgesehen werden möge. — Stadtv. **Krüger** findet es begreiflich, wenn mit einer gewissen Entrüstung gegen die Entsendung gesprochen werde, zumal auch schon während der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Kollegium mehrfach Delegierungen zu verschiedenen Kongressen stattfanden, ohne daß über diese Referate erstattet wurden. Den Entrüstern jedoch, die gegen die Beschickung eifern, gebe er aber zu bedenken, daß die Armenpflege eine Sache von nicht untergeordneter Bedeutung für die Verwaltung der Kommune sei. — Stadtv. **Friedrich** ist für Beibehaltung des bisherigen Brauchs bis zu ruhigerer Erwägung der Dinge, wünscht Delegation zweier Personen und beantragt Berichterstattung über die wichtigsten Verhandlungen. — Stadtv. **Berghaus** wirft ein, daß der Magistrat den Stadtverordneten bereits gedruckte Berichte durch die für ca. 30 Mark abonnierten Exemplare der Zeitung Der Helfer zustelle. — Stadtv. **Keil** ist für Delegation ohne Bedingungen. — Stadtv. **Hüllmann** hält die Berichterstattung für nicht erforderlich, die gedruckt zu haben sei und weil die auf Kongressen gewonnenen Erfahrungen in den Kommissionsverhandlungen in ausgiebigster Weise verwertet werden. Der Magistrat mache seine Vorlagen auf Grund dieser Erörterungen, ebenso wie die von der Regierung erlassenen Verordnungen auf den durch die Kongreßverhandlungen zu Tage getretenen Erfahrungen beruhen. — Stadtv. **Kobert** empfiehlt als langjähriges Mitglied der Armendirektion gleichfalls die Delegation. — Der Antrag Friedrich wird abgelehnt, die Delegation eines Mitgliedes genehmigt. — Stadtv. **Krüger** würde es lieber sehen, wenn ein Mitglied entsendet würde, das ein lebhafteres Organ als der allgemein wert geachtete Kollege habe, um etwaige Berichte besser verstehen zu können. Leider habe man bei den Berichterstattungen des Kollegen Demuth die Erfahrungen machen müssen, daß, wohl infolge der mangelhaften Akustik des Saales dem größern Teil der Versammlung die Vorträge unverständlich geblieben sind. — Stadtv. **Schmidt** meint, daß ein großer Teil gewiß auf den mündlichen Bericht des Delegierten gern verzichte. Wer ihn hören wolle, möge das privatim thun. — Stadtv. **Kohlschütter** schlägt den Stadtv. Billing zum Delegierten vor, nachdem andererseits Stadtv. Kobert empfohlen war. Die hierdurch erforderliche Zettelwahl ergiebt von 45 Stimmen 30 für Demuth, 11 für Billing, je 1 für Kobert und Krüger; 2 Zettel blieben unbeschrieben. Ersterer ist gewählt und erklärt sich zur Annahme bereit, unter anderem äußernd, daß ja in Zukunft nach Einführung der neuen Diätenordnung die Reisen wesentlich billiger würden.

2. **Neubau auf den Grundstücken des Häuserblocks zwischen Scharrenstraße und alte Promenade.** Ref. der B.-K. Stadtv. **Hildebrandt** teilt mit, daß der Unternehmer Löst die Bebauung beabsichtige. Die B.-K. sei dem Antrage beigetreten, wonach auf der Promenadenseite Fenster angelegt werden dürften, der Platz vor dem Hause jedoch zu jeder Art Promenadenanlage verwendet werden soll. Das vorhandene Stück Stadtmauer soll zum Preise von 25 Pfg. pro Kubikmeter überlassen werden. Das Terrain derselben wird gegen Vorland an der Scharrenstraßenecke eingetauscht. Infolge Antrags des Stadtv. **Kohlschütter** auf Ablehnung der Bauerlaubnis, damit diese Stelle einmal freigelegt werden könne, stellt Stadtv. **Friedrich** den Antrag auf Vertagung. Nachdem Stadtv. **Keil** darauf hingewiesen, daß die Frage des Fensterrechts und der Höfe dort die Handhabe zur Verweigerung der Bauerlaubnis geben werde, wird die definitive Verhandlung vertagt.

Stadtv. **Welsch** stellt die Frage, wo die längst beschlossenen Wandbeschläge zur Besserung der Akustik des Saales bleiben; ob dieselben etwa aus China kommen. Das Hören sei so mangelhaft und doch stimme man oftmals nur aus Liebe zur Sache ab (ohne etwas gehört oder verstanden zu haben? D. R.). — Stadtbaurat **Genzmer** erwidert, daß der seinerzeit angerufene Sachverständige bisher durch Krankheit an der Prüfung der Akustikverhältnisse behindert war.

Eingegangen ist noch eine Petition der Tapezierer-Innung betr. die Rouleaulieferung für das Stadtgymnasium. Der Drittbilligste habe den Zuschlag erhalten. Der Stadtv. Sachs habe die Arbeiten zu vergeben gehabt. Das sei doch nicht in der Ordnung. — Die Angelegenheit wird der Pet.-K. überwiesen.

Versammlungsberichte.

† **Zeitz.** Die Gewerkschaftsversammlung am letzten Sonntag im „Heiteren Blick“ war sehr gut besucht. Da zu Beginn der Versammlung der Referent noch nicht erschienen war, wurde die Angelegenheit der Korbmacher der Wünsch und Pretzschen Fabrik verhandelt. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes giebt einen eingehenden Bericht sowohl über den Standpunkt den vor kurzem die Holzarbeiter jener Fabrik einnahmen, wie über den jetzigen Korbmacherstreik. Der Berichterstatter teilt mit, daß in vergangener Woche ein Beauftragter vom Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes hierher gesandt war, mit dem er bei dem einen Inhaber obiger Firma vorstellig wurde. Herr Böhme habe ihnen da erklärt, daß er 18 Korbmacher ohne weiteres wieder in Arbeit nehmen wolle, mehr jedoch nicht, da er den Betrieb in der Kinderwagenfabrik verringern wolle. Jedenfalls wird der zweite Inhaber Herr Gebhardt aus der Firma austreten. Von einer Maßregelung der Korbmacher sei keine Rede, er könne einfach nicht mehr beschäftigen. Das Geschäft gehe nicht sehr gut und sei er gezwungen, überall zu sparen. Drei der Korbmacher (unter den 21 Mann, die gegenwärtig noch im Ausstand sind, da drei Kollegen abreisten) bezeichnete Herr Böhme als diejenigen, die er nicht wieder einstellen wolle. Nach dieser Rücksprache mit Herrn Böhme legten die Beauftragten den streikenden Korbmachern den Sachverhalt klar und diese schritten darauf zur Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit oder das Festhalten am Streik. Eine Einigung war jedoch hier nicht zu erzielen, da die Abstimmung auf beiden Seiten eine Stimmengleichheit ergab und so hat man sich dann entschlossen, bis zur heutigen öffentlichen Versammlung eine abwartende Stellung einzunehmen. Inzwischen hat dann die Kommission der Streikenden selbst mit Herrn Böhme die Unterhandlung aufgenommen, die allerdings kein anderes Resultat ergab, als das geschilderte. Nur erklärte Herr Böhme auch hier, daß er niemand maßregeln wollte, sondern daß es ihm gleich sei, wenn von den 18 Korbmachern freiwillig andere verzichten wollten zu gunsten derjenigen, die er zuerst als diejenigen bezeichnete, die augenblicklich nicht in Arbeit kommen könnten, er könne eben nur 18 Korbmacher beschäftigen. Sollte der Betrieb jedoch wieder ein Einstellen von Korbmachern erheischen, dann sollten zuerst diejenigen wieder in Arbeit genommen werden, die jetzt gekündigt sind. Mit diesem Resultat hat sich nun am letzten Sonnabend die hiesige Filiale des Holzarbeiter Verbandes beschäftigt, die nach eingehender Diskussion zu dem Beschlusse kam, daß die Korbmacher am Montag die Arbeit wieder aufnehmen sollten.

Dem Bericht des Vorsitzenden schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Alle Redner lobten das Vorgehen der Korbmacher, die sich selbst kürzere Arbeitszeit auferlegen wollten nur um keine Kollegen aufhören zu lassen. Betont wurde auch, daß die gesamte Unterstützung der 21 Mann bis jetzt vollständig von Zeitzer Arbeitern aufgebracht ist, welche die Sache der Streikenden zu der ihrigen machten. Das beweist das Wiedererwachen der Solidarität der Zeitzer Arbeiterschaft. Sämtliche Redner mußten allerdings den Beschluß unterstützen, daß die Arbeiter jetzt die Arbeit wieder aufnehmen, da die Merkmale für Fortsetzen des Streiks von selbst fielen, aber es wurde darauf hingewiesen, daß immer die Zeitzer Arbeiter dafür Sorge tragen mögen, daß sie eine gefüllte Kasse erhielten, die sie in den Stand setzt, etwaigen Angriffen entgegentreten zu können. Das Gewerkschaftskartell wird die Angelegenheit in die Hand nehmen. Angenommen wurde einstimmig folgender Antrag:

„Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß der Kommission des Holzarbeiter-Verbandes dahin einverstanden, daß die Korbmacher der Firma Wünsch und Pretzsch morgen die Arbeit wieder aufnehmen und die übrigen drei ausgesperrten Korbmacher sind weiter zu unterstützen. Alles weitere ist dem Gewerkschaftskartell überlassen.“

Ein Vertreter für die Schmiede wird hierauf gewählt und nimmt dann Genosse Weißmann aus Halle das Wort um bis zu der Zeit, wo Genosse Thiele eintrifft, in klarer und verständlicher Weise unter dem Beifall der Versammelten zu zeigen, wie die Arbeiter sich verhalten müssen, wenn sie für sich bessere Zustände erkämpfen wollen. Hierauf ging Genosse Thiele aus Halle nach einer Entschuldigung über sein spätes Eintreffen auf sein Thema: „Was uns not thut“ ein. In vortrefflicher zündender Weise schilderte Redner die Gegensätze in der heutigen Gesellschaft, wo der Kapitalismus Hand in Hand mit dem alten Feudalstaat die Vorrechte einer längst dahingeschwundenen Zeit verteidigen gegen die aufblühende, sich durch nichts zurückschieben lassende Erkenntnis einer neuen, besseren Zeit. An der Justiz, am Militarismus, an den Arbeiten der Kirche erkennen wir diese Belehrungen. Aber die Wissenschaft ringt sich durch, wenn auch unter schweren Kämpfen, und vereint mit der Arbeiterklasse wird sie eine neue Gesellschaft hervorbringen. Recht eingehend behandelt der Redner die Kampfesweisen der Arbeiterorganisation, die Lokalfrage und die Presse. Es würde zu weit führen, wollten wir die trefflichen Ausführungen wiedergeben. Daß Genosse Thiele aber allen Anwesenden so recht aus dem Herzen gesprochen hatte, das bewies der brausende Beifall der Zuhörer. Ein gutes Anzeichen, diese Versammlung mit ihrer Begeisterung für die weitere Arbeit, die wir in Zeitz zu verrichten haben. Und sie wird verrichtet werden, denn die Zahl derer, die Lust haben, mitzuarbeiten am Befreiungskampf der Menschheit wächst auch hier. Es wird Sorge getragen werden, daß der aufglimmende Funke nicht wieder verlöscht, sondern zur siegenden Flamme entfacht wird.

Vermischtes.

* **Der verweigerte Handkuß.** Das Berliner Tageblatt schwelgt wieder in Hof- und Diplomatenklatsch. Es schreibt: „Die Szene aus den Moskauer Krönungstagen, in der der französische Botschafter Graf v. Montebello sich geweigert, der Zarin, als einer geborenen deutschen Prinzessin, die Hand zu küssen, fängt an, immer größeres Aufsehen zu machen. Wie wir zu wissen glauben, ist es jetzt absolut sicher, daß der Graf v. Montebello infolge dieses Zwischenfalles von seinem Posten abberufen werden wird. Um die Sache indeß nicht gar so auffällig zu machen, ist beschlossen worden, dem ungebärdigen Diplomaten einen kleinen Aufschub zu gönnen und seine Entfernung vom Petersburger Posten erst eintreten zu lassen, wenn sich die Wasser der russischen Entrüstung ein wenig verlaufen haben werden.“ — Welche Haupt- und Staatsaktion!

* **Für 300000 M. Nickel.** Kaiser Wilhelm hat, wie nachträglich bekannt wird, gelegentlich seiner Anwesenheit zur „Kieler Woche“ einem Goldschmiede in Kiel den Auftrag erteilt, im Laufe des kommenden Winters die sämtlichen Vernickelungen auf der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ durch massiv Nickel zu ersetzen. Der Auftrag repräsentiert einen Wert von etwa 300 000 M.

* **Die neue stählerne Bogenbrücke über den Niagara-Fall,** welche gegenwärtig im Bau begriffen ist und die Stelle der jetzigen Hängebrücke einnehmen soll, wird nach ihrer Vollendung eine der größten der Welt sein. Sie wird zwei Etagen haben. Die obere ist für Eisenbahnzüge bestimmt, die untere für Wagen, Fußgänger u. s. w. Die Spannweite zwischen den beiden Endpfeilern beträgt 550 Fuß. Zum Bau der Brücke müssen 5560000 Pfund Stahl verwandt werden.

* **Von der Cholera.** In Kairo (Egypten) sind am Sonntag 362 Neu Erkrankungen mit 321 Todesfällen konstatiert worden. Seit Ausbruch der Cholera sind im ganzen 9350 Todesfälle gemeldet. Major Roderick Owen, der einen englischen Posten und die befreundeten Araber von Alighat im Sudan befehligte, ist zu Ambigolwells an der Cholera gestorben.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 11. Juli.

Aufgeboten: Der Drahtzieher Friedrich Kohlemann und Ernestine Schaumburg (Weidenplan 8 und Breitestraße 12). Der Handarbeiter Hans Fiedler und Friederike Weidmann (Feldstraße 3). Der Ingenieur Richard Hänsel und Margarete Grummich (Halle und Leipzig).

Eheschließungen: Der Fleischer Hugo Hartmann und Luise Zenge (Sternstraße 10 und 5). Der Kaufmann Dietrich Schütte und Elisabeth Woop (Georgstraße 15 und Dryanderstraße 35). Der Former Friedrich Metze und Marie Csesch (Giebichenstein und Brunnengasse 2). Der Hilfsweichensteller Albert Schirrmeister und Anna Fehse (Kanena und Mühlpforte 1). Der Handarbeiter Max Ratzsch und Emma Ethner (Thorstraße 27 und Leipzig-Lindenau). Der Eisendreher Gustav Kluge und Martha Schmidt (Brunoswarte 25 und Jacobstraße 47). Der Kaufmann Hermann Byer und Franziska Trolle (Steinweg 24 und Landwehrstraße 20). Der Schmied Paul Krause und Meta Knaack (Blumenthalstraße 4 und Friedrichstraße 27). Der Schuhmacher Karl Pfeiffer und Ida Patzsch (gr. Sandberg 15 und Dachritzstraße 2). Der Sattler Robert Sommer und Marie Hoppe (Berlin und Nordhausen). Der Goldschmied Wilhelm Lehmann und Emma Strachauer (Martinsberg 5 und Dachritzstraße 3). Der Zimmermann Viktor Reime und Emilie Bunge (Graseweg 15 und Leipzigerstraße 51). Der Eisendreher Karl Voigt und Emma Wolf (Merseburgerstraße 147 und Schmiedstraße 29.)

Geboren: Dem Schwimmmeister Franz Hey ein S., Julius Viktor Christian (Raffineriestraße 1). Dem Telegraphen-Leitungsaufseher August Weiner eine T., Emma Frieda (Thomasiusstraße 47). Dem Pfarrgehilfen Max Kindervater eine T., Emma Charlotte (Schwetschkestraße 18). Dem Kaufmann Ernst Walther eine T., Marie (Wuchererstraße 75). Dem Handarbeiter Wilhelm Schade eine T., Ida Emma Martha (Bäckerstraße 3). Dem Zimmermann Karl Vetter eine T., Marie Else (Pfännerhöhe 70). Dem Schlosser Wilhelm Brofft eine T., Brunhilde Gertrud (Thomasiusstraße 43). Dem Handarbeiter Louis Kirchner eine T., Minna Anna (Weingärten 29). Dem Maler Max Hammer eine T., Martha (Freiimfelderstraße 35). Dem Handarbeiter Wilhelm Wetzestein ein S., Wilhelm Kurt (Schützenstraße 10). Dem Fabrikarbeiter August Streibel eine T., Helene Frieda (Schützenstraße 16). Dem Schlosser Walter ein S., Karl Richard Paul (Schlosserstraße 1). Dem Postschaffner Reinhold Seus ein S., Fritz Erich Walther (Wolfstraße 2). Dem Uhrmacher August Heckel eine T., Gertrud Marie Elisabeth (Taubenstraße 19). Dem Wagenführer Albert Steinhauf ein S., Bernhard Karl Albert (Schillerstraße 31). Dem Kaufmann Otto Poppe eine T., Anna Elisabeth Gertrud (Landsbergerstraße 62).

Gestorben: Des Handarbeiter Ferdinand Blume T. Helene, 1 Mon. (Heinrichstraße 4). Des Kesselschmied Albert Funk S. Fritz, 1 Mon. (Kurzegasse 1). Des Tischlermeister Franz Albrecht S. totgeb. (Herrenstraße 2). Des Arbeiter Hermann Barbyer S. Hermann, 1 Mon. (Klinik).

Für die Redaktion verantwortlich: A. Mannigel in Halle

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960716-11/fragment/page=0006
DFG